Einzelpreis 30 Pf. Halle, Montag, den 31. Mai 1920. 31. Jahrgang · Nr. 124

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105065. Hermann Schade

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 4,50 Mk., vierteljährl. 13,50 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 4,50 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Wie die Militärputschisten rüsten.

Der „Frontbund" und seine Geldgeber.

Ein Mitarbeiter des Vorwärts hatte Gelegenheit, mit dem schon erwähnten Werber dieser reaktionären Militärputsch-Organisation, dem Sergeanten Stollberg, zu sprechen. Stollberg gehört der immer noch nicht aufgelösten Brigade Ehrhardt an. Sein Hauptquartier befindet sich in Lohmanns Hotel in Paderborn, wo er sich als Unteroffizier Max Brückner sprechen läßt. Er traf am 27. Mai mit 12 000 Werbeflugblättern in Berlin ein, die am gleichen Tage in einem Charlottenburger Hotel an Frontbündler ausgegeben wurden. Stollberg bestätigte noch einmal seine bereits veröffentlichte Mitteilung, daß die Reichsregierung spätestens in der Zeit vom 8. bis 10. Juli (— der spätesten Frist zur Auflösung der Freikorps —) gestürzt werden würde, um zunächst einer Militärdiktatur Platz zu machen. Die Regierung würde sich vorher noch bittend an den Frontbund wenden, da sie nach Bericht der Drahtzieher des Frontbundes diesem nicht trotzen könnte. Richtige und gefälschte Ausweise aller möglichen militärischen Stellen hat Stollberg, der sehr frech auftrete, in Hülle und Fülle bei sich. Von einer ganzen Reihe Reichswehrformationen werden die Frontbundleute bereitwilligst in jeder Weise unterstützt. Obwohl die Ziele der Vereinigung ganz klar zutage liegen, wagt die Regierung nichts gegen sie zu unternehmen, was die Annahme der Putschisten von ihrer Angst vor ihnen durchaus als berechtigt bestätigt.

Auch der Offizierstellvertreter Esser vom Frontbund reist mit gefälschten Ausweisen auf Staatskosten in Deutschland herum. Er leiht sogar Legitimationen der sozialistischen Parteien, um allen Situationen gewachsen zu sein.

Die Werber des Frontbundes erhalten ein Aufwandsgeld von 100 Mk. täglich. Geldgeber sind außer den schwerindustriellen Kreisen, die der Deutschen Volkspartei nahestehen, auch Hamburger und Bremer Großkaufleute, ferner das Siedlungsunternehmen des Hauptmanns Schmude in Völpke i. W.

•

Putschvorbereitungen in Mecklenburg.

Aus Rostock wird uns gemeldet: Auch in Mecklenburg rüstet die Reaktion fieberhaft zu dem neuen Putsch. Systematisch werden Putschgerüchte über Kommunisten und Unabhängige in die Welt gesetzt, die den Zweck haben, die Vorbereitung der Reaktion zu verschleiern. Es wird in der reaktionären Presse fortwährend von der Bildung Roter Armeen in Rostock und Wismar gefaselt. Tatsache ist, daß Lettow-Vorbeck in Schwerin anwesend ist und daß in Mecklenburg Truppenverschiebungen stattfinden. Zudem wird beobachtet, daß die sozialistischen Parteien Mecklenburgs von einem Heer von Militärspitzeln überwacht werden. Die Sicherheitswehr und Kriminalpolizei ist in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. Von den Regierungen wird gegen Lettow-Vorbeck in keiner Weise eingeschritten. Die rechtssozialistische Presse versucht die Anwesenheit Lettow-Vorbecks für unwesentlich hinzustellen. Das revolutionäre Proletariat Mecklenburgs sieht kommenden Ereignissen mit aller Zuversicht und Ruhe entgegen!

•

Die „aufgelöste" Brigade Ehrhardt.

Unser Hamburger Parteiblatt, die Volkszeitung, veröffentlicht folgenden Brief:

Münsterlager, 18. 5. 20.

Heute war eine große Besprechung über meine Entlassung. Dreitausend Mark sind mir geboten worden, wenn ich hier bleibe. — Mein Herz gibt das nicht zu. Einen Eid soll ich schwören, wenn ich der Truppe diene, das gibt es nicht. Gegen meine eignen Brüder kämpfe ich nicht. Die einzige Rettung ist: flüchten. Am ... rücke ich aus, in die Fremde. Ein paar Jahre werdet ihr ohne mich auskommen. —

Was die Zeitungen über die Marine-Brigade schreiben, ist unwahr. Sie besteht noch und führt den Namen Schiffsstamm-Division der Nordsee. 4. Abteilung, Stab, also zehnmal verstärkt, und wartet, bis die Wahl entschieden hat. Wie gesagt, ein neuer Putsch steht bevor. — Für mich heißt es jetzt: arbeiten und nicht mehr Soldat spielen.

•

Die Mecklenburgische Volkszeitung meldet: Was die Roßbach-Truppen in Güstrow anbetrifft, so sollen sie, sobald die Löhnung eintrifft, entlassen werden bis auf einen kleinen Rest, der die sogenannten Abwicklungsgeschäfte zu besorgen hat. Offiziell sind die Waffen abgegeben, tatsächlich aber fehlen eine Menge Gewehre. Auch ein Minenwerfer fehlt. Die Offiziere und Mannschaften sollen nach Pommern entlassen werden. Dort, so heißt es, reist Leutnant Roßbach von Gut zu Gut, um Unterkunft für die Mannschaften zu suchen. Es ist unter den Leuten ein offen ausgesprochenes Geheimnis, daß sie sich auf einen neuen Putsch vorbereiten. An einem bestimmten Tage träfen sie sich alle an einem bestimmten Sammelplatz in Pommern — die Ortschaft wisse noch keiner — und dann würde die ganze Front bis nach Essen herunter richtig aufgerollt. Der 13. März sei nur ein Vorspiel gewesen.

•

In seiner Abendausgabe vom Sonnabend bringt auch der Vorwärts wieder eine ganze Reihe von Belegen für die planmäßigen Putschvorbereitungen der militärischen Desperados; wir können sie Raummangels wegen nicht veröffentlichen. Aus all diesen Meldungen geht mit unzweifelhafter Gewißheit hervor, daß die Gegenrevolution ihre Truppen sammelt.

Arbeiter, werbt nicht minder eifrig für eure Sache!

•

Der Reaktionsherd in Ostpreußen.

Unser nach Ostpreußen entsandter Sonderberichterstatter meldet aus Königsberg:

„Hier herrscht Schwüle vor dem Gewitter und Stille vor dem Sturm. Eine Spannung liegt über der Stadt, die selbst dem Harmlosesten auffallen muß. Vom Lande her drohen politische Entladungen vor einem reaktionären Putsch! Dicht davor! Königsberg wimmelt von Truppen aller Gattungen mit allen denkbaren und undenkbaren Abzeichen. Das Schloß ist von der Reichswehr mit Drahtverhau verbarrikadiert, daß es einer Festung gleicht. Auf dem Lande starrt alles von Waffen. Ueber das ganze Land sind geheime Waffenlager verteilt, Waffen, die man vor der Entente verbergen wollte. Jetzt will der Reichskommissar sie durch die Reichswehr einziehen — da verschieben sie sie plötzlich auf den Gütern unter Mithilfe der Reichswehr, deren Offiziere die Zentrale der reaktionären Putschorganisation darstellen, sie verschwinden mit Hilfe ihrer wirtschaftlichen Abteilung, die die zu entwaffnenden Reichswehrangehörigen auf die Güter schickt, wo sie in Besitz der ebenfalls verschobenen Waffen gelangen und in die Einwohnerwehr und Ortswehren eingestellt werden. Die Einwohnerwehren bestehen noch in ihrer vollen Organisation, sind im Besitze ihrer Waffendepots und jeder Angehörige hat seine Waffen. Selbst die Sicherheitspolizei war bis vor kurzem eine rein militärische Organisation, die den Zwecken der Reaktionäre diente. Als deshalb der Königsberger Polizeipräsident die Organisation übernahm, sträubten sich die Offiziere der Sicherheitspolizei in Insterburg. Als Lübbring sie entfernte, besetzen die Reichswehrkommandos alle Offiziere auf, keine „Kameradenmorde" zu begehen und deshalb nicht in die freigewordenen Stellen einzurücken. Eine zielbewußte Hetze gegen Lübbring und Borowski hat eingesetzt, den beiden einzigen, die ernsthaft die reaktionären Vorbereitungen stören. Auch dieses beweist nur, daß die Rechtsputschisten sich in ihren Plänen gestört fühlen. Der Reichs- und Staatskommissar Borowski ist der Ansicht, daß der Ausbruch des Rechtsputsches fast täglich erwartet werden könnte und daß man höchstens noch den Ausfall der Wahlen im Reich abwartet.

Die russisch-japanischen Waffenstillstandsverhandlungen haben begonnen. Die Feindseligkeiten zwischen Japan und Rußland sind am 25. Mai zu Ende gegangen. Russische und japanische Kommissionen sind zum Abschluß des Waffenstillstandes in Chaborowsk eingetroffen.

Nach einer Meldung aus Tokio erklärt das Auswärtige Amt, die Entsendung weiterer Truppen nach Sibirien bezwecke keine dauernde Besetzung, sondern nur die Ablösung der dortigen Truppen.

Das englisch-japanische Bündnis.

Nach einer Times-Meldung aus Tokio erklärt man im Ministerium des Aeußeren, daß Verhandlungen zwischen der englischen und japanischen Regierung über die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses noch nicht begonnen haben. Offizielle Kreise in Tokio nahmen an, daß der Vertrag unter den gleichen Bedingungen wie 1911 verlängert wird. Im anderen Falle läuft der Artikel 3 des Vertrages stillschweigend weiter bis zum Ablaufe des auf die Kündigung folgenden Jahres.

Die Horthy-Bestien in Ungarn.

Aus Wien wird gemeldet: Die britische Delegation zur Prüfung der Verhältnisse in Ungarn ist nach Wien zurückgekehrt. Während ihrer Budapester Anwesenheit fanden schwere Judenpogrome statt, denen 300 Schwerverwundete und mehrere Tote zum Opfer fielen.

Auf die Nachricht, daß die Dokumente des sozialistischen Rechtsschutzbureaus der Delegation zur Verfügung gestellt würden, stürmten in der Pfingstnacht Offiziere und Soldaten das Gebäude der Sozialisten, demolierten die Redaktion des Nepszaro und raubten ungefähr 5000 Dokumente über Verfolgungen und Hinrichtungen von Arbeitern durch Offiziersterrortruppen. Die Protokolle, welche die Namen und Adressen der Kläger enthalten, wurden ebenfalls mitgenommen. Es ist zu befürchten, daß die Terroristen gegen diese vorgehen werden.

Die britische Delegation sprach in dieser Angelegenheit bei dem Ministerpräsidenten vor, erklärte ihre Entrüstung und forderte Garantien, daß die Offiziere an den Briefschreibern keine Rachekate verüben. Es sind neue, sehr große Verfolgungen im Zuge. Der Sinn des Vorgehens der Offiziere ist, zu zeigen, daß sie und nicht die Regierung die eigentliche Macht in den Händen haben. So haben sie auch gegen die Anwesenheit der britischen Delegation protestiert.

•

Der Kommandant des Budapester Militärgerichts hat die steckbriefliche Verfolgung des Grafen Michael Karolyi angeordnet. Die Anklage gegen Karolyi lautet auf Verbrechen zur Anstiftung des Attentats auf Tisza, ferner auf Verbrechen gegen die Wehrmacht, Verletzung der militärischen Pflicht, Majestätsbeleidigung und Aufruhr.

Das Interessanteste bei dieser Sache ist, daß Stefan Friedrich, der Begründer des Weißen Terrors, dem das heutige Regime noch nicht reaktionär ist, aktiv an der ersten ungarischen Revolution unter Karolyi beteiligt war und der Beteiligung am Morde des Grafen Tisza zumindest nicht fernsteht.

Gegenrevolutionäre Steuerpolitik.

28 Milliarden Mark Steuern jährlich hat die Koalition der Bürgerlichen und der Rechtssozialisten geschaffen.

Diese ungeheure Steuerlast ist die Folge des Krieges. Wenn das deutsche Volk nach den Schuldigen fragt, denen es diese fürchterliche Last verdankt, so muß man ihm die Politiker und die Parteien weisen, die mit dem Krieg und seiner Verlängerung einverstanden waren, und die diesem Einverständnis durch die Bewilligung der Mittel für den Krieg während des Krieges Ausdruck verliehen haben. Diejenigen, die während des Krieges Milliarden an Kriegskrediten bewilligt haben, haben dem deutschen Volk diese Steuern beschert. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten wie Rechtssozialisten sind in gleicher Weise schuldig. Sie sind ihre Politik muß das deutsche Volk verfluchen, wenn es die ungeheure Steuerlast ins Auge faßt.

Es geht eine direkte Linie von der Kriegspolitik dieser Parteien von damals zu der Steuerpolitik von heute. Heute, wo die Rechnung präsentiert wird, erscheint die Kriegspolitik von damals in ganz anderm deutlichem Lichte. Mancher aber, dem damals noch nicht klar war, was es heißt, Milliarden auf Milliarden neuer Kriegskredite bewilligen und in das Faß ohne Boden werfen, wird heute erkennen, wie verbrecherisch jene Politik der Kriegskreditbewilligung von damals war, die heute ihn und seine Familie ins Elend hinabstößt. Wahrlich, jene Parteien, die heute die Regierungskoalition bilden, haben keinen Anlaß, den rechts von ihnen stehenden Parteien Vorwürfe zu machen über deren gleich verbrecherische Kriegspolitik. Sie tragen gleiche Schuld. Alle, alle sind sie schuldig.

Es war das Infame an jener Politik der Kriegskreditbewilligung von damals, daß sie sich einverstanden erklärte damit, daß die Kosten des Krieges nicht auf dem Steuerwege, sondern in Anleiheform aufgebracht wurde.

Diese Kriegsfinanzpolitik war echt imperialistisch.

Sie gewährte der Bourgeoisie Riesenprofite in der Voraussicht, daß die Arbeiter zahlen müßten, — nicht während des Krieges, weil da ihre Empörung gefährlich werden konnte, sondern nach dem Kriege. Kriegssteuern, die den Besitz auf das schärfste angefaßt hätten, hätten den Krieg gewaltig abgekürzt. Die Bewilligung von Kriegskrediten bedeutete deshalb nicht nur Aufhäufung einer Riesenlast von Schulden, die die breiten Schichten der Besitzlosen decken müßten, sie bedeutete zugleich auch Verlängerung des Krieges.

Wenn die Revolution, die das Ende des Krieges einleitete, eine Arbeiterrevolution sein sollte, dann mußte sie den schuldigen Kriegspolitikern die Rechnung präsentieren, dann mußte sie die Arbeiterklasse freisprechen und die ungeheure Kriegslast der kriegslüsternen Bourgeoisie, den Nutznießern des Krieges und denen, die vom siegreichen Ausgang des Krieges kapitalistischen Nutzen erwartet hatten, auferlegen. Was aber ist geschehen? Die Schuldigen bilden heute die Regierung und benutzen die Machtmittel des Staates, um die Hauptlast auf die Schultern der Arbeiterklasse zu legen und das kapitalistische System wie den einzelnen Besitzenden zu schonen. Diese Parteien haben ebedem die Kriegskredite bewilligt, heute decken sie die Kosten mit dem kargen Lohn der Arbeiter. Auch heute dieselbe Schonung des kapitalistischen Besitzes wie zur Zeit des Krieges.

Es liegt ganz in der historischen Linie, daß diese Nationalversammlung, deren Aufgabe es nach dem Willen ihrer Auftraggeber nur sein sollte, eine Verfassung zu schaffen, auch so einschneidende Steuergesetze zu schaffen hat. Die Nationalversammlung hat es als ihre Aufgabe betrachtet, den bürgerlichen Staat zu stärken gegen die Revolution, das Bürgertum gegen die Arbeiterklasse. Zu dieser Machtpolitik gehörte die Auferlegung von Steuern auf die Schultern der Besitzlosen zugunsten der Bourgeoisie.

Die Schaffung dieser Steuergesetze ist ein Stück Gegenrevolution.

Auch in der Steuerpolitik hat die Regierungskoalition den gegenrevolutionären Charakter gezeigt. Wie die gesamte Politik der Koalitionsregierung anknüpfte an die Koalitionspolitik vor der Revolution, so auch die Steuerpolitik. Dieselben Leute machten in der Nationalversammlung dieselbe Steuerpolitik unter denselben Gesichtspunkten wie im alten Reichstage. Die Nutznießer der Kriegsindustrie, die Aufsichtsräte gewisser großer industrieller Kriegslieferanten saßen wie im alten Reichstag in der Nationalversammlung und nahmen dort die Interessen der Besitzenden gegen die Arbeiter wahr. Was während des Krieges unheilvoll begonnen wurde, wurde nach der Revolution unheilvoll fortgesetzt. Wie war es notwendiger als nach dem Kriege, daß die produzierende Arbeiterklasse der Nutznießer ihrer eigenen Produktion wurde, wie war es dringender, daß die Gesamtheit den ganzen Mehrwert für die Gesamtheit nutzbar machte, wie war es klarer, daß nur der Sozialismus aus dem Elend herausführen kann. Die bürgerlichen Parteien aber und mit ihnen die Rechtssozialisten, haben mit Gewalt die Sozialisierung verhindert, sie haben eine durchaus kapitalistische Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik getrieben. Die Folge davon ist, daß die Lasten, die das Volk auf sich nehmen muß, heute

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200531-13/fragment/page=0001

noch gewaltiger sind als nach der Revolution. Statt Erleichterung, — neue Lasten! Auch daran sind die Koalitionsparteien schuldig.

Bei dem Gedanken an diese Verbrechen, die sie am Volke begangen haben, beschleicht allerdings die Koalitionsparteien heimliches Grauen. Sie bieten alles auf, um die Bevölkerung über ihre Schuld hinwegzutäuschen. Die Veröffentlichungen der Reichszentrale für Heimatdienst, die auf Reichskosten hergestellt werden, müssen dazu dienen, der Bevölkerung die Koalitionspolitik schmackhaft zu machen, um gute Stimmung für die Koalitionsparteien bei den Wahlen hervorzurufen. In diesen Wahlflugschriften für die Koalitionsparteien zeigt sich nur zu deutlich das böse Gewissen. Man hat nicht gewagt, in einer solchen Flugschrift über die Steuergesetzgebung die Umsatzsteuer dorthin zu stellen, wohin sie gehört, unter die indirekten Steuern. Man hat sie nach der Einkommensteuer eingestellt mit der Ausrede, es sei eine Steuer auf die Einkommensverwendung und deshalb eine der Einkommensteuer verwandte Steuer! Aber deutlicher noch bricht das böse Gewissen aus dem krampfhaften Streben, Mitschuldige zu finden für diese Steuerpolitik, diese ungeheure Schuld am Volk zu verteilen auf möglichst viele Schultern. Dort in dieser Flugschrift heißt es:

so ist das Reformwerk doch nicht als die Schöpfung eines Einzelnen oder einer bestimmten Partei, ja nicht einmal der Koalitionsparteien, die die gegenwärtige Regierung bilden, allein anzusehen, sondern es entstand unter sachkundiger Mitwirkung der amtlichen Vertreter der Gliedstaaten und des größten Teils der Parlamentsmitglieder, deren Sachverständige in den Steuerausschußsitzungen der Nationalversammlung sich aufs eingehendste mit dem gesamten Komplex der Steuerfragen beschäftigt haben.

Nur die Unabhängige Sozialdemokratie

hat diese Steuerpolitik nicht mitgemacht, wie sie während des Krieges die Politik der Kriegskreditbewilligung nicht mitgemacht hat. Sie allein hat darum das Recht, als Ankläger aufzutreten bei den Wahlen und die schuldigen Parteien zu brandmarken. Alle sind sie schuldig: Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, und nun erst recht die Koalitionsparteien, Demokraten und Rechtssozialisten, die unter Führung des Zentrums die unheilvolle Finanzpolitik aus der Zeit des Krieges fortgesetzt haben.

Diese Art von Finanzpolitik aber führt mit Notwendigkeit zum Zusammenbruch. Neue Steuern — neue Preissteigerungen — neue Lohnforderungen — neue Preissteigerungen — neue Steuern: dieser Kreislauf ohne Ende ist im vollem Gange. 28 Milliarden Mark neuer Steuern sind geschaffen worden, aber heute schon stellt der Reichsfinanzminister fest, daß der Bedarf des nächsten Jahres 40 Milliarden Mark betragen wird. Das sind also die Aussichten, die die Koalitionspolitik eröffnet hat:

Verdoppelung der eben erst geschaffenen Steuern.

Damit aber gehen wir mit Riesenschritten dem Staatsbankrott entgegen. Das Proletariat hat ihn nicht zu fürchten. Staatsbankrott ist nicht Volks- und Wirtschaftsbankrott. Der Staatsbankrott ist aber der Bankrott des kapitalistischen Systems, der Bankrott der herrschenden Parteien, der Bankrott der bürgerlichen Demokratie. Ihn zu vermeiden auf Kosten der Besitzlosen, war die Absicht der Finanzpolitiker der Koalition. Heute aber schon zeigt sich, daß diese auf die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems gerichtete Politik zum Scheitern verdammt ist, und es wird Wahrheit werden, was Emanuel Wurm den schuldigen Parteien entgegenrief:

„Ich bin überzeugt, daß diese Finanznot, dieser wirtschaftliche Zusammenbruch, den der Kapitalismus und Imperialismus erlitten hat, führen wird zu der Einigung der Volksmassen im Geiste des Sozialismus, die uns dahin bringt, daß wir nicht durch Steuern stückweise das erst wieder herausholen, was aus den Arbeitermassen an Mehrwert im großen weggenommen ist, sondern, daß wir eine Wirtschaftsordnung schaffen, die von vornherein dafür sorgt, daß jeder, der da arbeitet, auch in den Besitz des Produktes seiner Arbeit gelangt, und daß das Gemeinwesen sich so blühend und gedeihlich entwickelt, daß auch diese schwersten Lasten getragen werden können, die durch ihre verrückte Wirtschaftsordnung, durch ihre Kriegshebereien herbeigeführt worden sind."

Die Vernichtung des deutschen Kriegsmaterials

Basel, 29. Mai. Wie Petit Journal meldet, hat General Nollet über die Vernichtung des deutschen Kriegsmaterials, die unter seiner Aufsicht in Deutschland erfolgt, soeben Bericht erstattet. Der General hat hundert Zerstörungsämter geschaffen, die ununterbrochen arbeiten. Das Material wird nicht im wahren Sinne des Wortes vernichtet, sondern nur zu Kriegszwecken unbrauchbar gemacht. Es wird dann der Wiedergutmachungskommission zugeführt, die es an deutsche Altmetallfirmen verkauft. Der Wert der alten Metalle wird auf insgesamt 5 Milliarden Franc geschätzt.

Die Erlösung der russischen Kriegsgefangenen.

Der Abtransport der russischen Kriegsgefangenen der unter der Leitung des JKRK. stehenden Uebergabestation in Narva ist im Gange. Bis zum 28. Mai sind fünf Schiffe mit zirka 3400 Russen nach Narva abgegangen, von wo 2500 bereits in Narva ausgetauscht sind. Auf Wunsch der russischen Regierung wird im Abtransport folgende immer wiederkehrende Reihenfolge eingehalten: 1. Zentralrußland, 2. Ural und Wolga, 3. Westliche Gouvernements, 4. Sibirien, 5. Südliche Gouvernements.

Bis zum 23. Mai sind Transporte aus folgenden Lagern abgegangen: Havelberg, Stargard, Altdanzm, Münsdorf, Kassel-Niederzwehren; demnächst kommt Hammelburg und dann wieder Merseburg an die Reihe. Es finden zwei bis drei Transporte wöchentlich statt.

Franzosenherrschaft in Oberschlesien.

Beuthen, 30. Mai. (WTB.) Heute vormittag hielten die Franzosen am Ring die elektrische Straßenbahn an und rissen den im Wagen befindlichen amerikanischen Staatsangehörigen Heide, der zurzeit in Ober-Schlesien Vorträge über Amerika hält, heraus. Während die Franzosen vor dem Hotel Lomnitz mit Heide verhandelten, fiel von der französischen Wache im Hotel Lomnitz plötzlich ein Schuß, durch den Heide ins Herz getroffen getötet wurde. Trotzdem die Erregung unter der Bevölkerung noch sehr stark ist, ist es zu Ausschreitungen bislang nicht gekommen.

Wer braucht einen Wahlschein?

Durch eine im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Bekanntmachung hat der Reichsminister des Innern für einzelne Personenkategorien die Ausstellung von Wahlscheinen auch ohne vorherige Eintragung in eine Wählerliste für zulässig erklärt. In Frage kommen u. a. ehemalige Soldaten, die wegen Entlassung aus dem Verband der Wehrmacht jetzt wahlberechtigt geworden sind, ferner Flüchtlinge aus den Abtretungsgebieten, die erst nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Wählerlisten ihren Wohnort im Inland genommen haben.

Deutschnationale Wählerversammlung aufgelöst. Wie WTB. meldet, wurde am Sonntag eine in Schöneberg-Berlin abgehaltene große Wählerversammlung der Deutschnationalen Volkspartei gesprengt. Graf Westarp sprach über die Herrschaft der Sozialdemokratie, daß sie uns in den Abgrund treibe. Sofort wurden über den Köpfen der Menge zwei große rote Fahnen entrollt.

Der Wahlkampf.

Wählt keine Scheinsozialisten!

Wähler und Wählerinnen! Erkennt die Grundsatzlosigkeit der Rechtssozialisten! Schon viele Jahre von dem Ausbruch des Weltkrieges leisteten sie als Revisionisten, d. h. als Verwässerer sozialistischer Prinzipien Unerhörtes. Innere Hemmungen gab es für sie nicht. Das Ziel der Sozialdemokratie, die Verwirklichung des Sozialismus, war ihnen nichts, der Weg zu irgendwelchem Ziele alles.

Als der Krieg ausbrach, bewilligten diese kaiserlichen Sozialisten alle geforderten Kredite, bejahrungslos stimmten sie für den Erat des kapitalistischen Staates, verlängerten sie mit ihrer Durchhaltepolitik den Krieg von Jahr zu Jahr und

stürzten Deutschland in eine märchenhafte Schuldenlast.

Sie zerbrachen das Erfurter Programm, ihr Statut, ihre Disziplin, die revolutionäre Taktik der Partei, sowie ihre internationalen Verpflichtungen. Die Revolution machten sie zunächst widerwillig, dann aber in schimpflicher Nutznießerschaft mit, um bald darauf alle Kraft zu ihrer Abwürgung anzuwenden.

Nach den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligten sich diese Scheinsozialisten an der Beratung der Verfassung in volksfeindlichem Sinne. Sie waren für die Beibehaltung der Todesstrafe. Sie wollten keine Wahl der Behörden und Beamten durch das Volk. Sie waren gegen die direkte Gesetzgebung durch das Volk. Indem sie für die Aufrechterhaltung des Belagerungs- und Ausnahmezustandes eintraten, stützten sie die Allmacht der militärischen Befehlshaber. Sie waren damit für die Aufrechterhaltung der Zensur, für die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung, für die Abschaffung des Vereinsrechts und der Versammlungsfreiheit. Sie wollten keine Trennung von Staat und Kirche; sie erklärten die Revolution zur Staatsangelegenheit; sie wünschten die Besoldung der christlichen Geistlichkeit durch den Staat. Sie verhinderten die Einführung einer großzügigen konsequenten Einheitsschule; sie konservierten damit das Monopol der höheren Bildung für die Kinder bildender Klassen.

Sie arbeiteten wiederholt gegen das Zustandekommen einer durchgreifenden Volkshygiene.

Sie wollten keine Volkswehr,

wohl aber die Schaffung eines Soldnerheeres, dessen Offizierkorps fast ausschließlich aus Angehörigen konservativer adliger Familien zusammengesetzt wurde; damit bewirkten sie ein schnelles und schnellstes Anwachsen des Militärismus und das Avancement von Massenmördern.

Sie traten als Nichtsozialisten kräftig ein für die Erhöhung fast aller indirekten Steuern. Jede wirkliche Sozialisierung lehnten sie ab. — Nach der Weimarer Tagung der Nationalversammlung wurstelten sie in der gleichen Art in Berlin weiter. Sie stimmten für den offensichtlichen Schwindel des Betriebsrätegesetzes. Noch zuletzt traten sie verständnisinnig ein für die „Befriedung" der Parlamentsgebäude, um so die parlamentarischen Vertreter von den Wählermassen, insbesondere von den arbeitenden Volksklassen fürsorglich zu trennen. Noch ganz kürzlich lehnten sie es ab, die Willkür des Ausnahmezustandes, sowie alle Staatsgerichte unverzüglich aufzuheben. Sie lehnten es ab, die in Haft oder Schutzhaft befindlichen Personen, die Gut und Blut gegen den Rechtsputsch der schwärzesten Reaktion eingesetzt hatten, die von der Soldateska bestialisch mißhandelt und schuldlos verhaftet worden waren, in Freiheit zu setzen. Sie stimmten gegen ein allgemeines Amnestiegesetz für diese Personen. — Dagegen haben sie treulich dem Arbeitslosen Willy von Amerongen eine millionenschwere Mitgift zugeschanzt. Kurz, diese Scheinsozialisten führten eine unheilvolle Politik, die schließlich in ihrer Charakter- und Grundsatzlosigkeit als Noske-Politik Deutschland an den Rand des Abgrundes brachte, wie sich mit Deutlichkeit in dem monarchistischen Kapp-Aufstand zeigte.

Bis auf diesen Tag sind die Ebert-Scheidemann-Bauer-Müller-Sozialisten unverbesserlich geblieben. In diesem Augenblick des Wahlkampfes schielen sie verzweifelt deutlich hinüber nach dem bürgerlichen Wahlaufmarsch, wobei sie hoffen, daß aus den Wahlen eine kapitalistische Koalition hervorgehen wird, bei der sie einen ausreichend nahrhaften Unterschlupf zu finden hoffen.

Jetzt in der Wahlzeit streicht sich dieser scheidemännliche, abgewirtschaftete Sozialismus heraus wie ein seidenes Tuch. Er mimt wilden radikalen Löwenmut, obschon er wirklich kein Löwe ist, sondern ein Angsterzeugnis unverhüllter, selbstzufriedener Spießbürgerlichkeit.

Vielleicht haben diese Politiker durchschnittlich nicht aus Schlechtigkeit, sondern aus Beschränktheit so verwerflich gehandelt. Gleichviel, denn in der Politik ist immer die Dummheit die große, die unverzeihliche Todsünde. Darum los von ihnen!

Nur durch

die proletarische Revolution

kann der Kapitalismus überwunden, der Sozialismus verwirklicht und damit die Befreiung der Arbeiterklasse durchgeführt werden.

Wähler und Wählerinnen! Hört nicht auf die schönen und großen Worte der Rechtssozialisten, sondern vergegenwärtigt euch immer ihre gemeinschädlichen Taten. — Hört nicht auf die Sirenenklänge des Scheinsozialismus, wenn er sich mit euch vereinigen möchte, sondern überdenkt mit aller Kraft des innersten Wesens das Programm der USPD. Darnach ist das Bekenntnis in Wort und Tat zu den Grundsätzen und Forderungen unseres Leipziger Programms allein die Voraussetzung zur Einigung der Arbeiterklasse.

Wähler und Wählerinnen! Kämpft mit leidenschaftlicher Hingabe für den Sieg der

Unabhängigen Sozialdemokratie!

Wählt die Liste Kunert!

Verbrecher am deutschen Volke!

Das sind die **reaktionären** Parteien.

Wer hat Millionen deutscher Jünglinge und Männer in den Tod gehetzt und sie zu Krüppeln schießen lassen?

Die sogenannten bürgerlichen Ordnungsparteien und ihr ehemaliger fluchbeladener Militarismus!

Wer hat den Kummer der Hinterbliebenen und den Jammer der Siechen und Verstümmelten verschuldet?

Die Kriegshetzer der reaktionären Rechtsparteien, die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, kurzum der monarchistisch-militärische Klüngel!

Sie haben Deutschland in den Krieg gehetzt!
Sie haben das Elend über das deutsche Volk gebracht!
Sie haben die Schuld an dem Zusammenbruch des Reiches!
Sie haben Deutschlands Handel u. Industrie zugrunde gerichtet!
Sie sind die Schuldigen an all unserem Jammer!
Sie tragen das Kainszeichen des Brudermordes an der Stirn!

Wähler!

Wollt ihr solche Verbrecher am deutschen Volke in den Reichstag schicken?

Nimmermehr! Wählt daher nur

die Liste Kunert.

Rechtssozialistische Wahllügen.

Der Vorwärts, das rechtssozialistische Zentralorgan, widmet dem bayerischen Wahlblock der bürgerlichen Parteien einen Leitartikel, worin er sich gegen die Feststellung der Freiheit wendet, daß die Arbeiterschaft die Reaktion nur dann niederschlagen könne, wenn sie einig und geschlossen für die USPD. eintrete. Die wortlose Kritik an der bisherigen Politik der SPD. erbost den Vorwärts so sehr, daß er zwar gleichfalls eine „geschlossene Arbeiterbewegung und starke Sozialdemokratie" gegen die bürgerliche Ordnungsbestie fordert, dargestellt durch eine Einigung des Proletariats in der SPD. und dazu bemerkt:

„Alle Einwendungen wegen der bisherigen Politik unserer Partei kommen gegen diese zwingende Logik der Tatsachen nicht auf. Gefiel den Unabhängigen unsere Politik nicht, so hatten sie es in der Hand, auf eine Aenderung hinzuwirken, indem sie in der Partei verblieben. Dann wäre die Reaktion nie so übermütig geworden, daß sie von neuem so hochfliegende Pläne schmieden konnte, wie sie es jetzt tut."

Mit der Behauptung, die Unabhängigen hätten in der SPD. bleiben können, wärmt der Vorwärts zum so und sovielten Male einen Schwindel auf, einen bewußten! Denn er weiß natürlich ganz genau, daß die Opposition während des Krieges systematisch aus der Partei herausgedrängt wurde, daß der abhängige PV. sie „als außerhalb des Rahmens der Partei" stehend erklärte usw. usw.

Wenn also lediglich die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung schuld wäre an dem erneuten Wachstum der Reaktion, so trüge die SPD. sie ganz und ungeteilt. Aber auf jeden Fall auch trifft sie deshalb die Schuld, weil ihre bewußt konterrevolutionäre Politik nach der Revolution ihre einstweilige Sabotierung erst ermöglichte! Ihrer Regierungsehe mit den bürgerlichen Parteien entsprang die Frucht der Reaktion. Und die Arbeiterschaft wird am 6. Juni durch Stimmabgabe für die USPD. dafür sorgen, daß der SPD. die Vaterfreude an diesem Wechselbalg gründlich vergehen wird!

Deutsche volksparteiliche Wahldemagogie.

Die Deutschen Volksparteiler, Dr. Mittelmann, Dr. Marxsen, Wittloeff und D. Dr. Kahl, stellten in der Nationalversammlung am 20. Mai zur geschäftlichen Beantwortung folgende kleine Anfrage:

„Ist der Reichsregierung bekannt, daß zurzeit Agenten der russischen Roten Armee in Deutschland für viele Millionen Chemikalien, Arzneimittel und medizinische Instrumente aufkaufen? Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung dagegen zu ergreifen?"

Die deutschen großkapitalistischen Kreise versuchen auf allen möglichen offenen und geheimen Wegen mit der Sowjet-Regierung in Wirtschaftsbeziehungen zu gelangen, weil sie den ententistischen Kollegenschaften das Riesengeschäft mit Rußland allein nicht gönnen. Wiederholt haben sie deshalb mit dem Vertreter der Sowjet-Republik in Berlin, Victor Kopp, Besprechungen gepflogen. Sie wollen von Rußland Rohstoffe, um als Gegenleistung Fabrikate deutsch abliefern zu können. Die politische Staatsform eines Landes ist ihnen ganz gleichgültig, wenn sie nur im Verkehr mit ihnen Profit machen können.

Damit aber das nicht offenkundig werde, muß die politische Interessenvertretung der deutschen Industriellen, die Deutsche Volkspartei, die Bolschewisten bei jeder Gelegenheit anklässen. Diesem Zweck dient auch die mitgeteilte kleine Anfrage. Der Spießer soll eben nicht merken, daß man selbst mit seinem Popanz, dem Bolschewismus, den man ihm insbesondere in der Hakatgitation als das gräßlichste Unheil für die Menschheit hinstellt, zu kaktieren bereit ist, wenn davon eine günstige Dividendenrückwirkung zu erwarten steht.

Die Lieferanten der Chemikalien, Arzneimittel und medizinischen Instrumente für die russische Rote Armee werden sich ins Fäustchen lachen, wenn sie die Stilübung der Herren Mittelmann und Konsorten lesen. Sie haben nur einen Wunsch: den nämlich, recht viel von ihren Waren nach Rußland abzusetzen. Alles andere ist ihnen gleichgültig.

Lazarettinsassen sind wahlberechtigt.

Da bei den unteren Behörden vielfach Zweifel über die Wahlberechtigung von Lazarettinsassen und Angehörigen der Abwicklungsstellen und des Heimkehrdienstes bestehen, hat der Reichsminister des Innern folgendes Reichsdiensttelegramm an die Landesregierungen gerichtet:

Im Nachgang zum Rundschreiben vom 29. April 1920 — I 4232 — betreffend Ausübung des Wahlrechts durch Soldaten wird nochmals betont, daß zu den Soldaten im Sinne des Reichswahlgesetzes nur Angehörige der vorläufigen Reichswehr und der vorläufigen Reichsmarine im Sinne des durch Gesetz vom 31. März 1920 in ihrer Gültigkeitsdauer verlängerten Gesetze vom 6. März und 16. April 1919 gehören, sowei sie nicht die Eigenschaft von Militärbeamten haben. **In Militärlazaretten untergebrachte Angehörige des alten Heeres, sowie die erst jüngst aus dem Auslande zurückgekehrten und noch in Sammellagern befindlichen Kriegsgefangenen sind daher wahlberechtigt,** es sei denn, daß sie zur neuen Reichsheer oder zur neuen Reichsmarine übergetreten sind. **Desgleichen sind wahlberechtigt die Angehörigen der Abwicklungsstellen und des Heimkehrdienstes,** da diese keine militärischen Stellen im Sinne der Reichswehrorganisation sind. Angehörige der staatlichen Sicherheitspolizei sind Landesbeamte, keine Soldaten. Auch der Reichswasserschutz zählt nicht zur Wehrmacht, seine Angestellten daher wahlberechtigt. I A 4683.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200531-13/fragment/page=0002

Wie Paasche zu Tode gehetzt wurde.

Von einem genauen Kenner der persönlichen und örtlichen Verhältnisse, der nach der Ermordung Paasches die Gegend bereist und alle in Betracht kommenden Personen gesprochen hat, wird der Vossischen Zeitung ein Bericht gegeben, dem wir folgendes entnehmen:

„Danach kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Akt militärischerseits so vorgenommen worden ist, daß er eigentlich gar **nicht anders enden konnte**, wie er geendet hat. Als Hans Paasche von dem Gendarmen in möglichst harmloser unauffälliger Weise von dem acht Minuten vom Wohnhaus entfernten See im Badeanzug herbeigeführt war, und nun etwa hundert Meter vor dem Hause plötzlich die Situation erkannte, war er seinen Verfolgern bereits ausgeliefert. Der befehlende Offizier, dessen Name immer noch nicht ermittelt ist, hatte den **strikten Befehl gegeben, jeden niederzuschießen, der laufend bzw. rennend auf dem Grundstück betroffen werde.** Die aufgestellte Postenkette hatte Hans Paasche noch nicht überschritten. Offenbar hatte er aber in diesem Moment die Tatsache, daß er von allen Seiten bedroht war, mit einem Blick erfaßt. Er sah Stahlhelme, sah auf sich gerichtete Gewehrläufe, und es soll der Ruf ausgestoßen worden sein: **„Da ist er, schießen!“** Und so hat der Verfolgte das getan, was gleichsam als Reflexbewegung jeder in solcher Lage Befindliche tun würde: **er hat Deckung gesucht** und ist, da er von allen Seiten die Posten sah den Waldabhang heruntergesprungen, wo er einstweilen keinen Verfolger wähnte; nicht um zu fliehen, das wäre ja heller Wahnsinn gewesen, sondern **um vor den Kugeln sicher zu sein.** Er hatte sich getäuscht; denn gerade an der Stelle, auf die er heruntersprang, standen auch Posten, die er in den kurzen Sekunden nicht gesehen hatte. Es war ein gehetztes Wild, das Rettung vor seinen Jägern sucht. Alles das ist durch das Zeugnis des **Hauspersonals** und der Hausdame unschwer zu erweisen. Als das Hauspersonal die Umstellung des Hauses und das große militärische Aufgebot bemerkte, wollte es Paasche am See benachrichtigen. **Die Leute wurden aber schwer bedroht, wenn sie es wagen würden, die Postenkette zu überschreiten.“**

Der Einsender stellt weiter fest, daß zurzeit der Ermordung der Belagerungszustand bereits aufgehoben, das ganze militärische Aufgebot daher ungesetzlich war. (Im übrigen muß jetzt selbst der Lokalanzeiger feststellen, daß gegen Paasche ein Haftbefehl gar nicht vorlag, also von „Fluchtversuch“ keine Rede sein kann.)

Ueber die Inszenierung der ganzen Hetzjagd auf Paasche schreibt der Gewährsmann der Vossischen Zeitung folgendes:

„Es wurde gegen Hans Paasche, dessen „Aktion“, wie sich herausstellt hat, eine rein pazifistische und antimilitaristische, aber im Grund durchaus unpolitische war, und gegen den nicht das geringste Material vorlag und heute vorliegt, bei dem auch nicht das mindeste Belastende vorgefunden wurde, **ein richtiges großes militärisches** Gefecht mit allen dazu gehörigen Maßnahmen inszeniert, um dadurch auch die Teilnehmer, die Soldaten, in die richtige „Stimmung“ zu versetzen und auf die ungeheure „Gefährlichkeit“ des zu jagenden Wildes hinzuweisen. Das nächtliche Heranschleichen der Truppenmacht, das Abschneiden der Telephone bei den umliegenden Dörfern, das ja natürlich **völlig sinnlos** war und nur die Wichtigkeit des Vorhabens unterstreichen sollte, die Mitführung eines **Maschinengewehres**, die ganze Ausrüstung der Mannschaften, das alles wäre ja nur groteskkomisch, **wenn es nicht so fürchterlich wäre.“**

Wann wird die Oeffentlichkeit endlich die Namen derer erfahren, die für das ganze Vorgehen verantwortlich sind?

•

Auch in der Berliner Volkszeitung weist ein Freund des Ermordeten, ein Herr Kirsch, nach, daß Paasche planmäßig umzingelt worden ist. Die Soldaten haben ihn auf seinem Wege vom See nach der Wohnung umstellt und ihn von allen Seiten beschossen. **Einen Fluchtversuch zu machen, war ihm vollkommen unmöglich.** Paasche befand sich in der Mitte seiner Verfolger. Diese hätten ihn mit Leichtigkeit verhaften können, wenn sie ihn hätten festnehmen nicht aber erschießen wollen..

Auch die Leichenschändung, deren sich die Mörder schuldig gemacht haben, weist auf ihre engen Beziehungen zur Mördercentrale hin. Genau so bestialisch, wie die Rosa Luxemburgs Leiche geschändet haben, haben sie die Hans Paasches geschändet. Sie haben den Leichnam mehrere Stunden im Walde liegen lassen und haben ihn, nachdem sie ihn auf die Bitten der Hausdame in die Wohnung gebracht hatten, in einem Zimmer verschlossen. Dort blieb die Leiche zwei Tage lang der Sonne ausgesetzt, damit eine Untersuchung möglichst erschwert werde. Beim Oeffnen des Zimmers, das gegen den Befehl erfolgte, stellten zwei Gutsarbeiter, ehemalige Sanitäter, fest, daß Spuren von Gewalttätigkeiten vorhanden seien, die anscheinend von Kolbenschlägen herrührten. In der Volkszeitung heißt es dann weiter:

„Den besten Beweis, daß Paasche in der Neumark nicht nur durch Zufall erschossen, sondern einem vorbedachten Mord zum Opfer gefallen ist, ergeben die Vorgeschichte des Mordes und seine Begleitumstände. Durch anonyme Anzeigen und durch fortwährende Drohungen von deutschnationaler Seite war Paasche bereits gewarnt worden und wußte genau, was ihm bevorstand. . . . Außerdem bemerkte Paasche selbst auf den Fahrten von und zu der Bahn, daß er im Walde stets von Bewaffneten verfolgt und beobachtet wurde. Als er zwei Tage vor seiner Ermordung in Gesellschaft des Kunstmalers Lars, der sein Gut bewohnt, sich wiederum zur Bahn begab, um nach Berlin zu fahren, wo er geschäftlich zu tun hatte, beobachteten sie, wie ein Mann sie fortwährend mit einem Feldstecher fixierte.“

Die Beweise für die Tatsache, daß Hans Paasche ganz wohlberechnet und kaltblütig ermordet worden ist, sind also geradezu erdrückend. Man darf auch weiter jetzt schon davon überzeugt sein, daß man die verruchte Mörderbrut auch in diesem Falle nicht entdecken und der verdienten Strafe überliefern wird. Das ist eine Arbeit, die zu erfüllen erst dem Proletariat vorbehalten bleibt, wenn es zur Macht gekommen sein wird.

Wer ungestraft morden darf!

In der Berliner Volkszeitung schreibt Karl v. Ossietzky zu der Verhaftung des früheren Ulanen Esser vom Korps Lichtschlag in Osnabrück, der dort Anfang März in einer Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft den Sohn des Vorsitzenden Emil Knüppe durch einen Revolverschuß schwer verwundete:

„Allzu lange haben die Behörden gezaudert, diesem Falle nachzugehen; namentlich hat die Staatsanwaltschaft in Osnabrück zu wiederholten Malen ein Verfahren abgelehnt, da „nicht genügend Material vorliege“.

Als die in Frage kommenden Behörden den Fall Knüppe mit Ausdauer ignorierten, wandte sich dessen Vertreter, Rechtsanwalt Mahardt in Osnabrück, mit einer Eingabe an das Reichswehrministerium, in der viel interessantes Material zur Beurteilung der im geheimen arbeitenden Verschwörerklüngel enthalten ist. Leider scheinen die beiden Ministerien dadurch in keine besondere Aufregung gekommen zu sein, denn von irgendeiner notwendigerweise ins einzelne gehenden Untersuchung hat man noch nichts vernommen. Es geht aus der Denkschrift des Rechtsanwalts einwandfrei hervor, daß ein Befehl, die Versammlung zu sprengen, von einer Berliner „Dienststelle“ ausgegangen ist. Es fiel also bei Lichtschlag kein Spatz vom Dache ohne den Willen einer hohen, bisher leider unbekannten Berliner Zentrale. Wer bildete nun diese ungesetzliche „Dienststelle“ und wo amtierte sie?

Wollten die geschätzten Ministerien den Spuren nachgehen, so könnten sie sicherlich manch bemerkenswerte Beiträge zur Genesis der Kappiade zutage fördern.“

Da die Berliner „Dienststelle“ nach dem Kapp-Putsch im wesentlichen unverändert weiter amtieren konnte, ist es kein Wunder, daß Eingaben der vorbezeichneten Art einfach ignoriert wurden und werden. Die Herrschaften haben eben wichtigeres zu tun: sie müssen der Organisierung des neuen Militaristenputsches als Wegbahnerin der Herrschaft der Konservativen mehr Aufmerksamkeit schenken als dem Kapp-Lüttwitz-Abenteuer, damit die Geschichte nicht wieder fehlschlägt.

„Verfassungstreue“ Hochschullehrer.

Ein Aufruf.

Einige hundert deutsche Hochschullehrer lassen, „um der Auffassung entgegenzutreten . . ., daß die deutschen Hochschulen Horte der Reaktion seien, in denen die demokratische und soziale Republik des neuen Deutschlands grundsätzlich und allgemeiner Ablehnung begegne durch WTB. eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

„Deutschland kann nur durch pflichtbewußte Hingebung an den Dienst des Gemeinwohls wieder gesunden. Die deutsche Reichsverfassung gewährt jeder aufbauenden staatsbürgerlichen Gemeinschaftsarbeit Raum. Darum bekennen wir uns ohne Vorbehalte und Umschweife zu ihr. Wir verwerfen alle Versuche eines gewaltsamen Umsturzes, gleichviel, ob sie von rechts oder von links kommen. Die Verfassung von Weimar ist für uns die aus dem Zusammenbruch wiedergewonnene Rechtsordnung des deutschen Staates; sie ist durch die gewählten Vertrauensleute der Nation unter Mitwirkung aller Parteien geschaffen und mit weitaus überwiegender Mehrheit zum Staatsgrundgesetz erhoben worden. Sie schützt jede Ueberzeugung des Privatmannes wie des Staatsbeamten und verlangt nur, daß ihre Verwirklichung in den Bahnen des Rechts erfolgt.

Sicherlich muß in den Hochschulen auch die politische Freiheit als „akademische Freiheit“ in besonderem Maße ihren Hort finden. Diese Freiheit läuft heute jedoch mitunter Gefahr, sich in zersetzender Kritik und unfruchtbarer Ablehnung des neuen politischen Zustandes und seines Verfassungsrechtes zu verbrauchen. Statt in engster Fühlungnahme mit der großen Mehrheit des deutschen Volkes ihrem hohen Ziele nachzugehen, sind manche Kreise unserer Hochschulen in unsoziale Absonderung geraten. Aus dieser Gefahr erwächst die weitere, daß die höchsten geistigen Bildungsstätten in dauerndem Gegensatz zum politischen Zeitbewußtsein der Nation treten und statt mit Hochachtung mit Mißtrauen betrachtet werden.

Zum Heile der deutschen Hochschulen, zur Sammlung aller Kräfte im Staate, zur Versöhnung der Volksklassen, zur Steuer der Wahrheit gegen Verdunkelung und Mißdeutung sprechen wir unser politisches Bekenntnis dahin aus: Wer an Deutschlands Wiederaufbau mitwirken will, erkenne mit uns in der demokratischen Verfassung von Weimar die für alle verbindliche Voraussetzung für die Verwirklichung der Ziele, die nach dem Zusammenbruch aller Patrioten gemeinsam sein müssen, und in die Verfassung selbst in die Worte faßt: „das Deutsche Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern.“

Unter den vielen Hunderten Unterschriften befinden sich Namen wie: Abderhalden (Halle), Baumgarten (Kiel), Brentano (München), Hans Delbrück (Berlin), Dessoir (Berlin), Einstein (Berlin), von Schulze-Gävernitz (Freiburg), Singheimer (Frankfurt) usw.

Alle die unterzeichneten Universitätslehrer mögen es ja ohne Zweifel mit ihrem republikanischen Bekenntnis sehr gut und ehrlich meinen, aber sie bilden doch nur einen verschwindend kleinen Teil in der reaktionären Masse ihrer sehr verehrten Kollegenschaft. Es gehört wirklich schon die Naivität von Professoren dazu, zu glauben, daß man mit einer solchen Erklärung die Tatsache aus der Welt schaffen könne, daß die deutschen Hochschulen doch Horte der Reaktion sind. Daß sie es sind, dafür liegen allein aus den letzten Wochen doch wahrlich gerade genügend Beweise vor! Man braucht sich nur zu erinnern an die schändliche Maßregelung des Professors Nicolais durch die Professorenschaft der Berliner Universität, der Studentenrüpeleien gegen ihn, gegen Professor Förster in München, Einstein und andere Gelehrte von Ruf. Wo blieben da die „verfassungstreu“ und „republikanisch“ gesinnten Hochschullehrer mit ihrem Einspruch? Warum regten sie sich nicht gegen die Schandtaten der Studenten-Zeitfreiwilligen, während des Kapp-Putsches nicht gegen Schießlichkeiten, wie die von Marburger Studenten in Thale verübten?! — Wenn die Herren jetzt mit ihren Beteuerungen hervortreten, so beweisen sie erstens gar nichts, und bringen sich obendrein noch in den nicht unberechtigten Verdacht, daß ihr Aufruf bedenklich nach Wahl-Stimmungsmache für die Koalitionsparteien aussieht. —

Wieder ein Spitzel entlarvt!

Daß die politischen und militärischen Organisationen der Kappisten ein ganzes Heer von Spitzeln unterhalten, um die USP. und die rechtsstehenden Parteien ihre Aktionen gegen das Sozialistische Sonnenheiten aufzuputschen, das hat vor allem die Entlarvung der Schröder-Mohnke wieder einmal mit hinreichender Deutlichkeit bewiesen. Diese bezahlten Kreaturen führen sich mit überradikalen Redensarten bei der Arbeiterschaft ein und versuchen, sich auf diese Weise das Vertrauen zu erschleichen. Um sich bei ihren Auftraggebern beliebt zu machen, um für ihre Tüchtigkeit mit hohen Geldsummen belohnt zu werden, jagen sie sich die Nachrichten, die sie ihren Auftraggebern übermitteln, aus den Fingern, und mit diesem von nichtswürdigen Halunken überbrachten Material leiten dann die Regierungsstellen und die rechtsstehenden Parteien ihre Aktionen gegen das sozialistische Proletariat ein.

Unseren Berliner Genossen ist es jetzt ebenfalls gelungen, einen ganz gleichartigen dieser Spitzel und Provokateure festzustellen. Der Arbeiter Waldemar Perschaller, wohnhaft Magazinstraße Nr. 15a, der zur Vorwärts-Besatzung gehörte und dieserhalb eine längere Gefängnisstrafe verbüßt hat, hat in den letzten Wochen den rechtsstehenden Organisationen die Pläne einer angeblichen kommunistischen Kampforganisation verkauft, mit dem Hinweis darauf, daß er eine führende Stelle in dieser Organisation bekleide und an allen Geheimsitzungen teilnehme. Dieser Spitzel schlimmster Sorte, der während seiner Gefängnishaft und noch nachher aus dem politischen Unterstützungsfonds der Berliner Arbeiter Beihilfen bezog, hat auch einige Flüchtlinge aus dem Ruhrgebiet, die von der Militärkamarilla verfolgt wurden, der Polizei denunziert und sie ans Messer geliefert. Es steht sicher schon seit langem im Dienste der Gegenrevolution und es liegt sogar die Vermutung nahe, daß er auch als Mitglied der Vorwärts-Besatzung im Auftrage einer Regierungsstelle handelte, da während der Januarkämpfe nachgewiesenermaßen eine ganze Anzahl von Provokateuren vorgeschickt wurde, um die revolutionären Arbeiter zum Weiterkämpfen zu veranlassen und der Regierung dadurch die Möglichkeit zu geben, den Aufstand mit aller Rücksichtslosigkeit niederzuschlagen.

Wie die Freiheit feststellt, sind die vor kurzem durch die Presse gegangenen Mitteilungen über Putschabsichten der Kommunisten, besonders die Nachrichten über eine kommunistische Geheimkonferenz in Neukölln, dem Kopfe des Spitzels Perschaller entsprungen. Er hat das erschwindelte Material, das er den rechtsstehenden Parteien verkauft hat, auch dem Regierungsrat Schwarz beim Staatskommissar für öffentliche Sicherheit gegen Bezahlung übergeben; von ihm stammt auch die Mitteilung, daß in der Nacht vom 2. zum 3. Juni Offiziersprogrome beabsichtigt seien, und auf diese Meldungen eines verkommenen Subjekts ist der Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit, Herr Weißmann, auch prompt hereingefallen, ohne daß er sich der Mühe unterzog, die Glaubwürdigkeit dieses Mannes, von dessen Vergangenheit er keine Kenntnis hatte, erst zu prüfen, bevor er von dem Material Gebrauch machte.

Bei den Kommunisten, die mit Perschaller in Verbindung standen, sind für die nächsten Tage Haussuchungen vorgesehen, da der Spitzel den Behörden auch sehr viel Adressenmaterial übergeben hat.

Wir fordern die Arbeiterschaft aufs neue auf, alle derartigen Subjekte von sich fernzuhalten. Wer sich mit ihnen einläßt und auf ihre Pläne eingeht, wird zum Verbrecher an der sozialistischen Arbeiterbewegung und dient, ob er will oder nicht, der Reaktion, die sich derartige Subjekte kauft, um über einen Berg von Arbeiterleichen die Militärdiktatur aufzurichten!

Rußlands Existenzkampf.

England will neuen Krieg?

Die Polen gehen unter dem Druck der ihnen entgegentretenden russischen Roten Armeen weiter zurück. Wie weit und ob es ein andauernder entscheidender Rückzug sein wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Soviel aber ist sicher, daß der polnisch-russische Kampf nicht das wichtigste Moment ist, da nicht von seinem Ausgang der Friede Rußlands und der Welt abhängt. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß Polen den Krieg mit Rußland nur führen kann, wenn es von der Entente unterstützt wird. Aber welches Interesse haben die Alliierten, hat vor allem England daran, den tatsächlichen Kriegszustand mit Rußland zu verlängern? Können Rußland und England nicht zu einer Vereinbarung gelangen, die beiden Ländern den Frieden und Rußland die Möglichkeit gibt, die so notwendige Aufbauarbeit im Innern zu beginnen?

Rußland hat im ganzen 13 Friedensangebote gemacht. Keines ist beachtet worden. Aber England selbst hat seine Bedingungen nicht fixiert. Geschähe das, so würde aller Welt klar werden, daß sie unannehmbar sind, daß Rußland auf Leben und Tod weiterkämpfen muß. Denn England will, gedrängt von den kapitalistischen Interessen nichts anderes, als Rußland von einer seiner größten Lebensnotwendigkeiten — den Oelquellen — abschneiden. Persien und der mittlere Osten sind die Kampffelder, auf denen sich das Gesetz Rußlands entscheiden wird. — Vor zwei Jahren bereits mahnte der damals nur als Wochenausgabe erscheinende Herald die englische Arbeiterschaft, Persien im Auge zu behalten und heute stellt er fest, daß England unvermeidlich in einen kostspieligen Krieg verwickelt werden, wenn nicht bald ein allgemeiner Friede mit Rußland geschlossen werde.

„Wollt ihr in Persien kämpfen?“ lautet seine immer wiederholte Frage an die englischen Arbeiter und er zeigt ihnen die Triebkräfte der Politik, die Großbritannien führt.

Der Köder war das Oel, das Oel Persiens, das von Mosul und von Baku:

„Gesichert von Oelfeldern haben wir Mesopotamien und das Tigristal annektiert. Gesichert von Oelfeldern haben wir einmal Baku besetzt und landen wir jetzt Truppen in Batum, wo die großen Schlauchlinien zum Schwarzen Meer kommen und von wo — vor der Blockade — das Oel nach der westlichen Welt eingeschifft wurde. Gesichert von Oelfeldern haben wir große „wirtschaftliche Interessen“ in Persien erworben und haben durch einen Vertrag eine tatsächliche Suzeränität über das halbe Land errichtet“.

Wie ist jetzt die Lage. Mesopotamien, das neuen englischen „mittelölischen Reiches“ Hauptprovinz, ist nicht direkt militärisch zu verteidigen. Es müßte in Nordpersien und im Kaukasus verteidigt werden. Rußland kann jedoch nicht gestatten, daß eine feindliche Militär- oder Seemacht Transkaukasien oder die kaspischen Häfen besetzt. Denn es braucht das Oel von Baku unbedingt für seine Industrie. Britische Truppen in Georgien und Aserbeidschan, machen bei der gegenwärtigen Politik Englands eine wirtschaftliche Erholung Rußlands unmöglich. Die britische Regierung ihrerseits kann in Mesopotamien nicht ruhig sein unter der Drohung einer russischen Invasion. Man ist auf dem toten Punkt angelangt, der offene Krieg ist beinahe unvermeidlich. Er kann nur abgewendet werden, wenn der Weg zum allgemeinen Frieden mit Rußland ernsthaft beschritten wird.

Die wirtschaftlichen Ursachen eines Krieges verschwinden, wenn Rußland einen natürlichen Weg zum Schwarzen Meer hat, wenn der kaspische Handel nicht gestört wird und wenn das Oel von Baku frei von Bedrohung ist. Die Vorbedingung dazu ist allgemeiner Friede und die Anerkennung der Sowjetregierung. Es handelt sich jetzt nicht mehr darum, ob das englische Volk den Kommunismus liebt oder haßt. Es handelt sich darum, ob es Frieden oder einen großen Krieg an der schwachsten Stelle des britischen Weltreichs haben will.

Wird das englische Volk, wird vor allem die englische Arbeiterschaft in Persien kämpfen?

Das Vertrauensvotum für Millerand.

Die Vertrauenstagesordnung der Kammer für das Ministerium Millerand lautet: Die Kammer ist der Ansicht, daß der Vertrag von Versailles die völlige Wiedergutmachung der an Personen und Sachen verübten Beschädigungen Deutschland auferlegt. Sie billigt die Erklärung der Regierung und hat das Vertrauen, daß sie die Rechte und die Interessen Frankreichs wahren werde, indem sie im Einverständnis mit den Alliierten alle Garantien aus dem Friedensvertrag sicherstellt.

Nach der richtiggestellten Liste ist das Vertrauensvotum der Kammer mit 501 gegen 63 Stimmen angenommen worden. Unter den letzten befinden sich 60 unitizierte Sozialisten. 33 Stimmenthaltungen verteilen sich auf fast alle politischen Kreise.

Braunschweigische Klassenjustiz.

Der Landtag hat ein Gesetz herausgegeben, wonach alle Uebertretungen und Vergehen, die in der Zeit vom 13. bis 20. März begangen sind und direkt oder indirekt dem Schutze der Verfassung dienen sollten, nicht gerichtlich zu verfolgen sind. Trotzdem erhebt die Staatsanwaltschaft in vielen Fällen gegen Genossen die Anklage und der rechtssozialistische Minister Dr. Jasper weigert sich, die Niederschlagung der Verfahren zu verfügen, „da die Richter nicht an das Gesetz gebunden seien“. — Die Mitglieder der Einwohnerwehr, die in Schöningen Kinder erschossen haben, sind dagegen angeblich nicht auffindbar

•

Der neue Landtag wird, nach einem Beschlusse des Hauptausschusses, am 8. Juni zusammentreten. Wahrscheinlich wird dann auch die neue Regierung gebildet werden.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis: Werner Schulem; für Kreis der Provinz und Versammlungsberichte Johann Jansen; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200531-13/fragment/page=0003

Versammlungs-Anzeiger USPD.
Halle und Saalkreis.
Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 23—24.
Wochentags geöffnet von 9-1 und 4-7Uhr.
Fernsprecher 1473.

Vorstand, Preßkommission, Funktionäre.
Dienstag, den 1. Juni, abends 6 Uhr:
Gemeinsame Sitzung.
Neuherst wichtige Tagesordnung.
Distriktsführer, die am Erscheinen verhindert sind, müssen den Stellvertreter entsenden.

Die Genossen, die als
Wahlvorsteher
bestätigt sind und die Genossen, die als
Beisitzer
im Wahllokal in Vorschlag gebracht sind, werden gebeten,
am Mittwoch, 2. Juni, abends 6½ Uhr, im Volkspark (dunkles Zimmer),
zur Besprechung zu erscheinen.

Die Distriktsführer
werden gebeten, heute, Montag, von 5 Uhr an, sich das Wahlmaterial, Karten, Zettel usw., im Parteisekretariat abholen zu wollen.

Distriktsversammlungen.
Halle (9. Distrikt).
Mittwoch, den 2. Juni, abends 7½ Uhr, bei Schnabel Löß's Hofk
Seeben.
Dienstag, den 1. Juni, abends 8 Uhr, bei Glaser.
Wettin.
Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthaus Kleiner Schweizerling.
Morl.
Dienstag, den 1. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthaus Wagner.
1370 Der Vorstand.

Unabhängige Sozialdemokr. Partei.

Drei Wählerversammlungen

finden statt am
Dienstag, den 1. Juni 1920, abends 7 Uhr,
für
Beamte im Staats- und Gemeindedienst, Lehrer, Privatangestellte, Beamtinnen und alle in den Eisenbahnbetrieben Tätigen.

Im **Hofjäger,** Lindenstr. 78, spricht:
Genosse **Benno Marks,** Bankbeamter, Berlin.

Im **Volkspark,** Burgstr. 27, sprechen
Eisenbahner **Breunig,** Kandidat zur Reichstagswahl,
und Eisenbahner **Jäger,** Leipzig.

Mittwoch, den 2. Juni, abends 7½ Uhr,
im **Volkspark,** Burgstr. 27:
Versammlung der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und der Lazarettinsassen.
Redner: Stadtverordneter Kamerad **Bowitzky.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Was fordern wir vom Reichstag?

Alle Interessenten werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.
1359 **Der Vorstand.**

Zum Konflikt
zwischen Krankenkassen und Aerzten.

Vom Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden, wird uns folgendes mitgeteilt:

Zwischen den Krankenkassen und ihren Aerzten besteht schon seit Jahren vielerorts ein recht spannendes Verhältnis. Ein Ende 1913 drohender allgemeiner Aerztestreik wurde durch das Berliner Einigungsabkommen vom 23. Dezember 1913 verhütet. Es wurden Schiedsinstanzen eingerichtet, die über die Honorarfrage und alle sonst strittigen Punkte entscheiden sollten. Ergänzend trat ein Tarifabkommen vom 9. Dezember 1919 hinzu, das ab 1. Januar 1920 die Honorare angemessen regeln sollte. An vielen Orten weigerten sich die Aerzte jedoch, diesen von ihren Organisationen abgeschlossenen Tarif anzuerkennen. Daraufhin beantragte der Aerzteverband eine nachträgliche Erhöhung der Tarifsätze um 50 v. H. Die Kassen waren dazu auch bereit. Inzwischen kam eine Regierungsverordnung, die entsprechend dem gesunkenen Geldwert das tägliche Krankengeld bis auf 15 Mk. heraufsetzte und eine entsprechende Erhöhung der Beiträge zuließ. Außerdem wurden Handlungsgehilfen, Werkmeister, Techniker und ähnliche Angestellte, deren Versicherungspflicht bisher bei 5000 Mk. Jahreseinkommen endete, entsprechend den gestiegenen Gehältern bis 15 000 Mk. Jahreseinkommen für versicherungspflichtig erklärt. Es handelt sich dabei nicht um eine Erweiterung des Personenkreises, da die letzteren Angestellten nach wie vor nicht unter die Versicherung fallen, sondern nur darum, die ausgeschiedenen Mitglieder wieder versicherungspflichtig zu machen. Die Kassen haben, wie die bisherigen Meldungen erweisen, dadurch eine Steigerung ihrer Mitgliederzahl um 1 v. H. zu erwarten. Die Hälfte dieser Angemeldeten tritt nämlich zu den Ersatzkassen über und ein Teil der Angestellten hatte sich freiwillig weiterversichert.

Die Aerzte behaupten, daß die größeren Einnahmen der Kassen diese verpflichten, die Honorare wesentlich zu erhöhen. Die erwähnte Verordnung sei ein wichtiger Grund, kündigungslos die Tätigkeit für Rechnung der Kassen einzustellen. Wenn die Aerzte die getroffenen Vereinbarungen innegehalten hätten, so wäre es notwendig gewesen, zuvor den Kassen ihre neuen Forderungen bekanntzugeben und bei deren Ablehnung die Schiedsstelle beim Oberversicherungsamt anzurufen. Statt dessen erfolgte auf Weisung der Aerzte fast überall die Einstellung der Tätigkeit für Rechnung der Kassen.

Gleichzeitig forderte der Aerzteverband die Kassenverbände auf, mit ihm über ein neues Abkommen zu verhandeln. Die Kassenverbände erschienen auch am 13. Mai 1920 zu Verhandlungen in Leipzig. Dort wurde ihnen eröffnet, daß die Aerzte die sogenannte organisierte freie Arztwahl, Bezahlung nach Einzelleistungen und zwar 12 Mk. für den Besuch, 8 Mk. für die Sprechstundenbehandlung forderten. Damit einzelne Aerzte nicht zu viel Honorar erhalten, verlangten die Aerzte außerdem, daß keinem Arzt mehr als 60 Leistungen für den Tag bezahlt werden.

Die Kassenverbände haben daraufhin erklärt, daß sie eine Verhandlung über derartige Forderungen für zwecklos halten und deshalb die Entscheidung durch ein Schiedsgericht unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers vorgeschlagen.

Die Kassenvertreter haben nicht aus Böswilligkeit, sondern aus Verantwortlichkeitsgefühl gegen die ihnen anvertrauten Interessen der Versicherten und ihrer Arbeitgeber die Forderungen abgelehnt. Die organisierte freie Arztwahl bedeutet, daß nur die im Leipziger Aerzteverband organisierten Aerzte Kassenpraxis ausüben dürfen. Die Kasse hat das Honorar an den Kassenarztverein zu zahlen, dieser verteilt es an seine Mitglieder. Welche Aerzte zugelassen werden, bestimmt der Aerzteverein.

Die Folge dieser Einrichtung, die schon in den meisten Bezirken besteht, ist, daß einige Aerzte überlaufen werden und die anderen nichts zu tun haben. Von 15 Aerzten verdienen bisher 3 je 25 000 Mk. und die anderen 12 teilen sich in weitere 25 000 Mk. Jetzt verlangen die Aerzte eine Vervierfachung der Gebühren. Das bedeutet, daß die 3 überlaufenen Aerzte je 100 000 Mk. verdienen und die übrigen 12 jeder zwar ein paar Tausend Mark mehr erhält, davon aber auch nicht leben kann, weil für so viele Aerzte kein Bedarf ist. Wollten die Kassen diese Aerzteforderungen erfüllen, so müßten sie die jetzt schon sehr hohen Beiträge noch ganz beträchtlich erhöhen. Hat die Krankenversicherung denn noch einen Zweck? Sie wird ein Luxus, den wir uns in dem arm gewordenen Deutschland nicht mehr erlauben können.

Die Krankenkassen werden nunmehr dazu übergehen, den Mitgliedern die Unkosten für den Arzt in bar zu ersetzen. Das gleiche muß mit der Arznei geschehen, so lange die Aerzte keine Kassenrezepte benutzen, die Mittel der Krankenkassen werden bei allerdings sehr schnell erschöpft werden, es sei denn, die Mitglieder schränken die Inanspruchnahme der Aerzte auf das unbedingt notwendige Maß ein. Hoffentlich erklärt sich die Aerzteorganisation bereit, den Streit durch ein Schiedsgericht zu schlichten, damit die segensreiche Einrichtung der Krankenversicherung erhalten bleibt.

Wir bemerken hierzu, daß für den Kreis Wittenberg ein Anlaß zu dem Konflikt nicht gegeben war, da für unsere Kassenärzte ein wichtiger Grund zur Kündigung der Verträge nicht vorlag und sie selbst mit den Verträgen und der Bezahlung im großen und ganzen zufrieden waren, weil durch die erhöhten Kasseneinnahmen die Einnahmen der Aerzte in gleichem Maße gestiegen sind und noch steigen. Unsere Kassenärzte haben als Gewerkschaftler nur aus Sympathie mit den Kollegen Deutschlands die Verträge gekündigt.

Da die Kassenpatienten vom 1. Juni 1920, mittags 12 Uhr an, als Privatpatienten behandelt, Krankheitsbescheinigungen und Kassenrezepte nicht mehr ausgestellt werden, muß jedes Kassenmitglied vom obigen Zeitpunkt an jede ärztliche Leistung und, falls nicht eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Kassenzugehörigkeit vorliegt, jede Medizin zunächst bezahlen und die gezahlten Beträge von der Kasse einfordern. Ebenso muß es den Kassenmitgliedern überlassen bleiben, eine Bescheinigung über die Erwerbsunfähigkeit zur Erlangung des Krankengeldes beizubringen. Kann diese Bescheinigung nicht erbracht werden, so müssen die Kassen von den Bestimmungen des § 370 RVO. Gebrauch machen, nach der die Kassen die Leistungen so lange einstellen oder zurückbehalten dürfen, bis ein ausreichender Nachweis erbracht ist.

Wir hoffen, daß bis zum 1. Juni 1920 der Streit der Krankenkassen mit der Aerzteorganisation beigelegt ist, so daß der vertragslose Zustand überhaupt nicht eintritt.

Vereinigung der Krankenkassen des Kreises Wittenberg.
Ortskrankenkasse I. Stitz. Ortskrankenkasse II. Stürmer.
Betriebskrankenkasse der Mitteldeutschen Stickstoffwerke A.-G. Piesteritz. J. V.: Dr. Siemens.
Landkrankenkasse. Gutknecht. Tischler-Innungskrankenkasse. Schumann.
Bäcker-Innungskrankenkasse. J. V.: Behse.
*624

Wähler-Versammlungen
im Saalkreise.

Lieskau.
Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthaus Donner.

Kleinkugel, Naundorf, Stennewitz u. Umg.
Mittwoch, den 2. Juni, abds. 8 Uhr, im Gasthaus Kleinkugel.

Merkewitz u. Umgegend.
Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 Uhr, in Rothes Haus.

Dieskau.
Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 Uhr, bei Pannecke.

Lochau.
Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 Uhr, in Ferchs Gasthaus.

Ammendorf und Umg.
Mittwoch, den 2. Juni, abds. 8 Uhr, im Gasthaus Radewell.

Halle-Kröllwitz.
Mittwoch, den 2. Juni, abends 7½ Uhr, im Lindenhof.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Die Wahlen. — Soll die Reaktion siegen?
Redner sind die Genossen:
Janßen, Lieb, Martin, Nilius, Richter, Scholem.

Wählerinnen und Wähler! Zeigt durch Massenbesuch, dass ihr den Ernst der Zeit begriffen habt. 1369
Sozialdemokratischer Verein f. Halle-Saalkreis (USPD).

Hausangestellte!
Dienstboten, Waschfrauen, Aufwartefrauen, Stundenfrauen
Wählerversammlung
am **Mittwoch, 2. Juni,** abends 8 Uhr,
im **Volkspark,** Burgstraße 27.

Frau Stadtverordnete **Binner** und Genosse **Hildebrandt,** Kandidat zur Reichstagswahl, sprechen über:
Was haben wir Hausangestellten vom kommenden Reichstag zu erwarten?

Mädchen und Frauen! Zeigt euer Interesse für die Wahlen. Laßt euch nicht von den Herrschaften zum Wahltisch schleppen, um im Interesse der herrschenden Klassen zu stimmen. 1360
Zentralverband der Hausangestellten.

Sohlleder-Ausschnitt, Gummi-Absätze und -Ecken.
*46 **Lederhandlung, Brüderstr. 13.**

Kreuzblüten-Brust-Lecksaft vermehrt nachweisbar das Blutbild. Flasche 5,00 Mark, zur Kur entsprechend. In Apotheken u. Drogerien zu haben. Wo nicht erhältlich, schreibe man an Neopharm, Hannover 46 *45

Chesterfield, Nebo und andere engl. Zigaretten. 1347
Poststraße 6. K. Gimpel.

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Kakao muss Volksgetränk werden!
Wir bieten an: 1320
Ia Kakao 6⁵⁰ Mk.
garantiert rein ¼ Pfund
Walla,
Herrenstr. 10 u. Leipziger Str. 77.

Ia. Dauer-Wäsche Marke „Waschbär"
Form 24 in 5 und 6 cm am Lager.
Dieselbe Form in Papier.
Fabrikat Mey & Edlich,
5 cm Dtzd. 4,75, 6 cm Dtzd. 5,25.
Dauerwäsche-Vertrieb
Kleiner Berlin 2,
1 Tr. rechts, Ecke Sternstraße. 627

Hühneraugen
Hornhaut, Ballen und Warzen *1
beseitigt man schnell, sicher und schmerzlos mit **Kukirol.** In vielen tausend Fällen glänzend bewährt. Kukirol ist in Apotheken und Drogerien zum Preise von Mk. 2.50 erhältlich. Lassen Sie sich nichts anderes aufreden, es gibt nichts Besseres. In Radewell: Drogerie Meyer.

Ansichtskarten
empfiehlt Volksbuchhandlung, Harz 42|44.

Jahrgang 4 Soeben erschien Heft 7
DAS FORUM
Herausgegeben von Wilhelm Herzog
DAS FORUM IST DAS ORGAN DER AVANTGARDE DES REVOLUTIONÄREN SOZIALISMUS
★
Preis des Heftes Mark 4.— Erhältlich in allen Buchhandlungen.
Gustav Kiepenheuer Verlag, Potsdam

Alle Parteischriften empf. d. Volksbuchhandlung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200531-13/fragment/page=0004

Wer den Sozialismus will, wählt die Liste der USP

Tagung des RFB.

In Berlin versammelten sich am Sonnabend die Delegierten der Landes- und Ortsgruppen des Republikanischen Führerbundes aus dem ganzen Reiche.

Das Bundesvorstandsmitglied Fischer begrüßte im Namen des durch die augenblicklichen innerpolitischen Verhältnisse verhinderten 1. Vorsitzenden, Oberst Lange, die zahlreich erschienenen Delegierten, die Vertreter der Ministerien, der Parteien, der Gewerkschaften und der Presse. In seinen Ausführungen wies er darauf hin, daß Mannschaften und Führer der Wehrmacht in diesen Tagen wie in aller Zukunft Schulter an Schulter zusammenstehen müssen, um so mehr, als ständig versucht wird, in alle bestehenden republikanischen Verbände reaktionäre Elemente zur Störung und Sprengung hineinzubringen. Fischer forderte auf, mit Leib und Leben für das Ideal des neuen Deutschlands einzutreten und den Gegnern keinen Anlaß zu geben, womit er sein Auftreten begründen konnte; und wenn dennoch irgend etwas gegen die Verfassung geschähe, die Putschisten zu meistern, zu zerschmettern. Augen auf, Ohren offen, Mund geschlossen!

Riesstahl (Berlin) gab den Bericht der Bundesleitung. Er führte aus, daß leider dem RFB. trotz aller Versprechungen von der Regierung an Stelle von Unterstützung nur Schwierigkeiten bereitet würden. Seine Ziele, die Erweckung und Stärkung des republikanischen Gedankens in der Wehrmacht, konnte der Bund weder durch den gewesenen Reichswehrminister Noske, noch durch das augenblickliche Reichswehrministerium durchsetzen. Das systematische Hinausdrängen der republikanisch gesinnten Führer und Mannschaften aus der Reichswehr hat der Republik und dem republikanischen Gedanken außerordentlich geschadet. Es ist die Arbeiterschaft davon abgehalten, in die Reichswehr einzutreten und auch heute noch lehnen viele den Eintritt ab, weil sie sehen, daß an leitender Stelle der gute Wille und die Energie fehlt, eine gründliche Reinigung der Wehrmacht von vertrauensunwürdigen Elementen herbeizuführen. Das Reichswehrministerium ist trotz aller schönen Redensarten noch heute die Brutstätte der Reaktion. Die Aufstellung der Brigade Döberitz schlägt allen Erwartungen ins Gesicht. Was dort geschieht, geschieht völlig im Sinne der Reaktion.

Die Versammlung beschloß, das Referat Riesstahls zur aufklärenden Propaganda umgehend in Druck zu geben.

Die Vertreter der verschiedenen Untergruppen ergänzten das Referat durch Mitteilungen unglaublicher Zustände in den Formationen der Wehrmacht. Es kommt zum Ausdruck, daß Staatskommissar Dr. Weismann wissentlich falsch unterrichtet wird. Das aufgefundene Material der Nachrichtenstelle des Oberpräsidiums Breslau bringt hierfür den Beweis. Es wird darauf hingewiesen, daß auch in Berichten an die Regierungsstellen von Mönen, Rüstungen und Sammlungen des RFB. im Verein mit linksstehenden Parteien die Rede ist. Die Vertreter aller Landesteile erklären, daß derartige Vorfälle nirgends bekannt sind.

Die Versammlung ist sich einig, daß bei erneuten Putschversuchen Exempel statuiert werden müssen, die für die Zukunft jede Gefahr eines Angriffes auf die Verfassung zunichte machen. —

Folgende Resolution wurde von der Versammlung angenommen:

„Die heute zum Bundestag des RFB. versammelten Delegierten sprechen dem Reichswehrminister ihre schärfste Mißbilligung aus einmal wegen seines Versagens in der Verfolgung der am Kapp-Putsch beteiligten Offiziere, zweitens wegen des gleichen Versagens in der Bekämpfung der sich verwurzelnden Gegenrevolution. Der RFB. fordert, daß der Reichswehrminister das im Anschluß an den Kapp-Putsch gegebene Versprechen endlich durch die Tat einlöst, eine rein republikanische Wehrmacht aufstellt und energische Vorbeugungsmaßregeln gegenüber der Gegenrevolution ergreift. In der jetzigen unrühmlichen Haltung des Reichswehrministeriums gegenüber der Verschwörung von rechts erblickt der RFB. eine schwere Gefahr für den Bestand der Republik."

Gewerkschaftliches.

Streiks in England und Amerika.

London, 30. Mai. Der Konflikt der Grubenarbeiter bei Graengesberg droht zu einer allgemeinen Arbeitsniederlegung zu führen. Gerüchtweise verlautet, daß die deutschen Seeleute auf den deutschen Erzschiffen nicht in den Sympathiestreik eintreten wollen.

Obwohl der Grubenarbeiterverband in Swansea auffordert, die Arbeit wieder aufzunehmen, haben die Arbeiter den Streik fortgesetzt. 20 Schiffe konnten infolgedessen nicht abgefert werden. In Dublin haben die Hafenarbeiter die Arbeit von neuem niedergelegt.

Neuyork, 29. Mai. Durch den Streik der Kaiarbeiter ist die Lebensmittelversorgung der Stadt ernstlich bedroht. Die Geschäftsleute haben eine Sammlung zur Bekämpfung des Konflikts veranstaltet, die 500 000 Dollar ergab. Man hofft zu einem Kompromiß zu gelangen.

Kandidaten der USPD.

für den Wahlbezirk Halle-Merseburg

sind:

Kunert, Fritz, Schriftsteller, Berlin
Koenen, Wilhelm, Redakteur, Halle
Düwell, Bernhard, Redakteur, Berlin
Raute, Gustav, Zigarrenfabrikant, Eilenburg
Wackwitz, Marie, Parteisekretärin, Weißenfels
Saupe, Paul, Landarbeiter, Zeitz
König, Otto, Bergarbeiter, Unterröblingen
Hildebrandt, Julius, Parteisekretär, Halle
Hübler, Anna, Hausfrau, Schkeuditz
Kürbs, Karl, Metallarbeiter, Halle
Krüger, Hedwig, Schneiderin, Halle.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 31. Mai 1920.

Sozialdemokratischer Verein für Halle-Saalkreis

Funktionäre, Vorstand, Preßkommission und Distriktsführer werden hiermit zu einer dringenden Sitzung zu morgen, Dienstag, abend 8 Uhr nach dem Volkspark geladen. Bei der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Distriktsführer dringend geboten. Im Verhinderungsfalle ist der Stellvertreter zu entsenden.

Der Vorstand.

Bankbeamte, Angestellte, Eisenbahner!

Eure Interessen werden vom Kapital mit Füßen getreten. Längst habt ihr erkannt, daß die Befreiung der Angestellten nur durch den Sozialismus erfolgen kann. Seite an Seite mit der Arbeiterschaft werden die Angestellten ihren Kampf führen müssen.

Morgen abend spricht im Hofjäger Genosse

Benno Marx,

der Vorsitzende der Bankbeamtengewerkschaft über das Thema: „Was erwarten die Angestellten vom neuen Reichstag?"

Auch für die Eisenbahner wird morgen eine große Versammlung stattfinden. Im Volkspark sprechen die Vertreter der Eisenbahner,

Jäger (Leipzig) und Breunig (Frankfurt a. M.).

Die Eisenbahner werden durch Massenbesuch beweisen, daß sie die Wichtigkeit der Zeit erkannt haben.

Genosse Rektor Holtz über Beamtenfragen.

Genosse Professor Werkmeister über seine Verhaftung.

Ruhm und Ehre jedem Fleiß,
Ehre jeder Hand voll Schwielen
Ehre jedem Tropfen Schweiß,
Der in Hütten fällt und Mühlen.
Ehre jeder nassen Stirn
Hinterm Pfluge — Doch auch dessen,
Der mit Schädel und mit Hirn
Hungernd pflügt, sei nicht vergessen.

Im Wintergarten sprach gestern in einer von der USP. einberufenen und gutbesuchten Versammlung Rektor Holtz aus Aschersleben vor Beamten und Staatsangestellten über das Thema: Was haben wir von neuen Reichstag zu erwarten. Der Redner führte etwa folgendes aus:

Der einzige Erfolg des Kapp-Putsches, den auch das klassenbewußte Proletariat als „Erfolg" bezeichnen kann, ist die Ausschreibung der Reichstagswahlen zum 6. Juni. Wäre alles nach dem Wunsche der Koalitionsparteien gegangen, so hätte die Nationalversammlung noch lange ihr verfassungswidriges Dasein gefristet und das Volk bei ihrer Zusammensetzung mit Gesetzen beglückt, die nur noch den Willen einer immer verschwindenderen Minderheit zum Ausdruck brachten. Waren doch die Rechtssozialisten drauf und dran, einen Gesetzentwurf einzubringen, der nichts anderes zum Ziele hatte, als aus niedrigem Parteiegoismus heraus die Reichsverfassung umzuändern, die „Last" der Wahl eines Reichspräsidenten dem Volke abzunehmen und die verfassungswidrige Nationalversammlung mit diesem Geschäft (im wahrsten Sinne des Wortes) zu betrauen. Das Proletariat, und in ihm ganz besonders die „untere" und „mittlere" Beamtenschaft, hat tausend alle Zukunftsmöglichkeiten zu erwägen. Sehen wir den Fall, die Wahl ergäbe eine bürgerliche Mehrheit und eine bürgerliche Regierung, so wäre deren erste Maßnahme die Aufhebung des achtstündigen Arbeitstages. Dernburgs und Oesers Bestrebungen, worauf anders zielten sie hin, als auf Einführung des neunstündigen Normalarbeitstages! Das Streben des Kapitalisten richtet sich nicht nach Wohlfahrt und Bedarfsdeckung, sondern ausschließlich nach dem Profit. Bleibt dieser aus, so kümmert er sich nicht um den Warenhunger der Massen, sondern macht seine Bude zu. Das Proletariat muß bei Strafe seines Untergangs deshalb versuchen, den Produktionsprozeß in die Hand zu bekommen. Die Beamtenschaft ist an diesem Kampf ungeheuer interessiert. Proletariat und Beamtenschaft können nur zusammen siegen oder zusammen untergehen. Die Gewissensfreiheit der Beamten hat sich seit der Revolution stark erweitert. Ist ausgerechnet dieselben Herrschaften, von denen früher die Schikanen ausgingen, heute wenn sie sich deutschnational oder „Deutsche Volks"partei, ausgerechnet sie wagen es, jetzt vor die Beamten hinzutreten und frech zu behaupten, sie hätten seit jeher die Beamteninteressen vertreten. Sie, die gleich entrüstet von „Anmaßung" sprachen, wenn ein Beamter für seinen Beruf Mitbestimmungsrecht und freie Entwicklungsmöglichkeiten für alle Tüchtigen verlangte. Wäre es vor der Revolution überhaupt denkbar und möglich gewesen, daß sich der Rektor einer Volksschule oder ein Universitätsprofessor zur Unabhängigen Sozialdemokratie bekannte?! Diese Freiheit offenen politischen Bekenntnisses steht bei der Wahl am Reichstag auf dem Spiel. Man male sich aus, was Kapp aus der Reichsverfassung gemacht hätte, wenn er in den Besitz der politischen Gewalt gekommen wäre! Wir wissen heute, soweit wir nicht Stimmvieh sind, alle, was wir von politischen Programmen zu halten haben. Ausgangsschüsse sind sie, bestimmt, die Massen zu täuschen. Auch die verlockendsten Namen sagen noch nichts von der Partei, die dahinter steckt. Sie erkennt man allein aus ihrer Geschichte, aus ihren Taten, aus den in ihr führenden Bevölkerungsschichten. So hat denn auch die Demokratische Partei Farbe bekennen müssen. Sie hat gezeigt, daß sie gewillt ist, den Kapitalismus, das Zentralsystem des arbeitslosen Einkommens zu festigen. Für sie gibt es keine höhere Gesellschaftsordnung als die des Gegensatzes von reich und arm, vornehm und gering, Ausbeutern und Ausgebeuteten, die Verewigung von Unfreiheit und Ungleichheit. Ueberhaupt gibt es eigentlich nur zwei Parteien: hie Kapitalismus — hie Sozialismus. Die Beamtenschaft ist in ihrer Parteizugehörigkeit noch arg zersplittert. Sie läßt sich vielfach noch blenden von der „Vornehmheit" der bürgerlichen Parteien und ihrem

---

60]

Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber.

Die, während ihres noch langen Lebens, betrat Sepherl den Sternsteinhof, Jahre durch half sie sich allein in der Welt fort und als altes Mütterchen gab sie ihr kleines Anwesen an ein armes, junges Brautpaar, nur dürftigen Unterhalt für ihre wenigen Tage und die rückwärtige Kammer als Wohnraum ausbedingend. In ihrer letzten Stunde legte sie die „schmerzhafte Gottesmutter" in die Hand des Priesters, der an ihrem Sterbebette saß. „Ein rechtes, heiliges Bild und ein gar teuer' Andenken," und sie bat: daß man dasselbe „gut halten" möge, ihr zum Trost und einem „anderen Sterbenden" zur Ehr', mit dem sie min zusammenzutreffen hoffe, falls ihr von Gott diese Freude bestimmt sei.

Als die Sternsteinhofbäuerin vom Kirchgange heimkehrte, empfing die alte Kathel sie an der Haustür: „A Brief is kämma, Bäuerin, ich hab' dir n h'nauf in d' Stuben af'n Tisch g'leat. Papier und Siegelmachs is nit d'ran g'spart; wird wohl was Obrigkeitlich's sein."

„Hm, ein' neu' Steuerauflag' vielleicht." Damit stieg die Bäuerin hastig die Treppe empor. Wenige Augenblicke später hielt sie das Schreiben in den Händen, es kam von Notar in der Kreisstadt, dessen Adresse stand vorn daraufgedruckt; Helene zerriß den Umschlag, ein beschriebenes Blatt und eine Nummer der Provinzialzeitung, welche die amtlichen Verlautbarungen brachte, fielen ihr daraus entgegen.

Sie begann zu lesen, plötzlich erblaßte sie und sank auf den daneben stehenden Stuhl, wie tot lag der Arm, welcher die Blätter gefaßt hielt, über dem Tische. Nach einer Weile raffte sie sich auf und taumelte an das Fenster, die Papiere raschelten in ihren zitternden Händen, noch einmal las sie aufmerksam Zeile für Zeile, als sie geendet, sank ihr die Hand mit dem Schreiben schwer herab, während sie mit der andern hastig das Taschentuch herausgriff und vor die tränenden Augen drückte.

Danach stand sie lange, selbstvergessen und verloren, das feuchte Tuch an die Stirne preßend und starrte hinaus in die Gegend, ohne zu sehen. Ein laut aufschwingender Seufzer, den es ihr unversehens herausstieß, machte sie zusammenschrecken, sie wandte sich und verließ die Stube und das Haus. Als sie in den Hof trat, kam um eine Scheunenecke der kleine Muckerl, die Julian auf dem Rücken, dahergalopiert.

„Mutter," rief er lustig, „da schau', wie sich das Mehlsackl schleppen läßt! Wie s' müd' wird, weint s' und dabei will s' üb'rall sein!"

Die Bäuerin winkte abwehrend mit der Hand und sagte ernst: „Sei still." Sie nahm die Kleine vom Rücken des Knaben herab und stellte sie an dessen Seite. „Is brav, wann du dich schon jung um d'Weibsleut' annimmst. Gar um dein Schwesterl wirst's wohl müssen, armer Bub'." Sie fügte die Hände der Kinder ineinander und schritt mit den kleinen gegen das Ausgedinghäusel des alten Sternsteinhofers.

Dieser saß auf der Bank davor und neben ihm der Kästermartel; als letzterer der Bäuerin ansichtig wurde, sagte er: „Guck' mal, geht dort mit der Drach'? Wie kommst denn aus mit ihm?"

„A Drach' is s' wohl," murrte der alte Bauer, „aber was ein' Schatz hätt'st; lieb' mer so ein'm sein Fleckl aussuchen und 'n d'rauf in Ruh', hätt' mer's beste Auskommen; doch wer sieht denn so'n Kintier gern af'm Sein'm? Nebrigens, was wahr is, is wahr, breit sind's halt schon, g'nug sit's s' af'm Ganzen, vor Schaden weiß sie sich auch auf'n Nutzen verstoh'n und, dann is sie da der Bauer; mein Buh taugt ayral gie daran. Und was recht is, du hast kein' Grund, thr aufsässig z'sein, dein Töchterkind hakt's s' wie ihr eig'nes. Ich aber — der s' von all'm Anfang da weggewehren wollt't und dem s' bitz a Kratz da sitzt — ich will nix mit ihr."

„Ich aber auch nicht, schon dir z'Lieb' nit. Und no will s' gar daher, da geh' ich. B'hüt' Gott!" Kästermartel erhob sich und ging, doch nicht ohne der Bäuerin mit süßlichem Lächeln gute Tageszeit zu bieten und etwas von „immer schöner werden" verlauten zu lassen.

Helene nickte ihm einen kurzen Gruß zu und schritt vorüber und der alte Sternsteinhofer nahm die Pfeife aus dem Mund und spuckte hinter dem „Kerl" aus, der gute Worte ins Gesicht, und üble hinter'm Rücken gäbe."

Als die Bäuerin ganz nahe herangetrat, blickte der Alte an ihr hinauf und da er ihr bleiches Gesicht und ihre geröteten Augen wahrnahm, fragte er: „Was hast?"

„Nachricht vom Toni."

„Was schreibt er?"

„Und're tun's."

Der Bauer starrte sie an. „Doch nit —?"

Sie schüttelte den Kopf.

„Blessiert?"

„Nein."

„Auch nit? Was denn nachher?"

Sie reichte ihm das Schreiben hin.

Zögernd faßte er danach und las es stille für sich.

— — Der Notar, als langjähriger Geschäftsfreund und aufrichtiger Anteilnehmer an den Geschicken seiner verehrlichen Klientes, bedauerte unendlich, sich zu einer schweren, traurigen Pflicht gedrängt zu fühlen. Indem er voraussetzen müsse, daß direkte Mitteilungen vom Kriegsschauplatze bei den in solchen unruhigen Zeitläuften häufigen Störungen des Postverkehrs oftmals durch die amtlichen Verlautbarungen überholt würden und daß diese wieder den werten Angehörigen nicht sofort zugänglich wären, so erlaube er sich mit dem Ausdrucke wahrsten Beileids, aber auch mit dem beherzigenswerten Hinweis auf die Hoffnung, daß eine gütige Fügung des Himmels doch immerhin noch das Aergste abgewendet haben könne, ein Zeitungsblatt mit der amtlichen Verlustliste aus den letzten Gefechten zur Einsichtnahme anzuschließen. — —

Das Papier knitterte unter dem Finger, der von Zeile zu Zeile, von Namen zu Namen rückte, plötzlich hielt er, zusammenzuckend, inne.

„Vermißt." Der alte Mann sah langsam auf, doch hastig gab er Raum an seiner Seite. Helene sank neben ihm auf die Bank.

„No, g'scheidt! sein. Wer weiß halt bist nit, wo der Toni steckt, daß der Notarius hat Recht, mer braucht nit gleich 's Aergste zu glauben, er kann sich allmal wiederfinden. Ich bin überzeugt, er find't sich wieder. Unkraut verdirbt nit."

Er machte den Versuch, ein verschmitztes Gesicht zu ziehen und Helene versuchte zu lächeln, aber das war nur ein flüchtiges Zucken um Augen- und Mundwinkeln, sie fühlten gegenseitig sich wie über einer Lüge ertappt und blickten wieder ernst.

Mit Tränen kämpfend, begann die Bäuerin: „Wir wollen 's Beste hoffen, aber wir müssen uns doch aufs Schlimmste einrichten. Ich möcht' dich wohl bitten, daß d' h'nauf ziehest zu mir, damit ich nit so verlassen in dem weiten Gemäuer hauf', auch daß d' mir in der Wirtschaft an d'Hand angest, aber wann d' nit mit mir unter ein Dach willst und mir kein Rat gönn'st, so magst es ja lassen, ich tracht' mich dann schon eing'g'wöhnen und alles allein z'richten, wie gut ich's vermag. Aber die Gnad hab'" — sie drückte die gefalteten Hände gegen seine Brust, — „um'n Bub'n nimm dich an, du bist sein Onkel, er ist dein Fleisch und Blut, du sollt's's und von dir kann er was lernen und ohne Mann-Anleitung wird aus ein'm Bub'n nix! Anfangs wird wohl 's kleine Menscherl da häufig nutrennen, denk' nit, ich wär' so albern, dich zu ein'm Kindshüter machen z'wollen, in den Jahren halten Kinder halt gern z'samm, aber wie unser Dirndl größer wird, nehm ich's schon zu mir und 's soll mein' Sorg' sein, sie rechtschaffen z'leiten und z'lehren, wie mir zukommt, aber'n Bub'n weiß' und lehr' du, laß' ihm's nit entgelten, was d' etwa noch von früher her gegen mich hast." Sie erhob sich, schwer die Hand auf seine Schultern auflüstend, und schob ihm den Knaben zwischen die Knie. „Schau', wenn halt bist nit wär', was sich geschickt hat und geworden ist, nit nur ich stünd' verlassen af der Welt, auch du wärst nu(n) vereinsamt af dein'm weiten, reichen Anwesen."

Der Alte runzelte die Brauen, sah finster vor sich hin, dann nickte er paarmal mit dem Kopfe und legte die breite Hand auf den Scheitel des kleinen Muckerl.

Ueber eine Weile hob er sich sachte vom Sitze, ohne die Rechte wegzuziehen, mit dem Rücken der Linken aber fuhr er sich dicht unter den Hutrande über die Stirne und keuchte: „Heiß ist's, Bäuerin, heiß, — hätt' 's nit denkt, um die Zeit noch . . ." Plötzlich warf er die Hand vor sich und stöhnte laut auf: „Ah, 's is arg."

„Gar arg," weinte sie leise.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200531-13/fragment/page=0005

nationalen Phrasengeklingel, das nichts anderes ist als krassester nationaler Egoismus. Das Wesen der bürgerlichen Parteien ist kurz dieses: Beibehaltung einer proletarischen Masse, die sich ausbeuten läßt, um einer geringen Oberschicht ein behagliches Dasein zu schaffen. Die Rechtsparteien glauben im Antisemitismus ein famoses Mittel gefunden zu haben, um diese Wahrheit zu vertuschen. Aber das Proletariat läßt sich nicht verblüffen. Für das Proletariat lautet die Fragestellung so: Sollen die Massengegensätze niemals aufhören? Soll es immer Elend und Brassertum dicht beieinander geben? Die Sozialisten sind keine Schwärmer; aber sie wissen, der Mensch ist gut. Es gilt nur, die Verhältnisse schaffen, wo Tugenden wachsen können und Untugenden nicht mehr prämiiert werden. Es gilt für alle die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten offen lassen. Die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist dazu unerläßliche Vorbedingung. Der Befreiungskampf des Proletariats richtet sich nicht gegen einzelne Personen, gegen einzelne Kapitalisten, sondern gegen das System. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn die Kräfte des Proletariats in diesem Wahlkampf hätten geschlossen eintreten können. Aber die Inkonsequenz der Mehrheit der Sozialdemokratie verursachte während des Krieges eine Spaltung. Die Taten der Rechtssozialisten vergrößern diese Spaltung leider von Tag zu Tag. Die Koalitionspolitik mit Bürgerlichen ist eine Unmöglichkeit, sie führte zur Ausrüstung der kapitalistischen Soldatenpupe unter „sozialdemokratischer" Mithilfe. Ebert unterschreibt fleißig Todesurteile. Hat er jemals das Erfurter Programm gelesen?! Und schließlich die neue Beamtenbesoldungsreform, nicht die Spur von sozialistischem Geiste ist dort zu merken. Braucht der „niedere" Beamte, der seine Pflicht freudig tut, etwa weniger an Wohnung, Kleidung und Nahrung als ein „höherer"? Ist es gerecht, daß z. B. die Kinder eines „niedren" Beamten in ärmlichere Verhältnisse hineingeboren werden als die eines „höheren"? Der USP. ist das zu verdanken, was überhaupt an Verbesserungen der Renten und Teuerungszulagen in diesem Gesetz vorgesehen ist. Der Redner schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die revolutionäre Sozialdemokratie allein bemüht sei, jenes Wort des Nazareners: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst — von bürgerlicher Seite in heuchlerischer Selbstbewucherung zum Erbrechen oft wiederholt — endlich wahrzumachen.

Brausender Beifall zeigte, wie sehr Nektor Holtz den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Freudige Erregung bemächtigte sich aber aller, als nach dem Hauptreferat Genosse Prof. Dr. Werkmeister das Wednerpult betrat. Er erzählte den Hergang seiner fürstlichen Verhaftung so, wie er an anderer Stelle heute von uns geschildert wird. All diese Machinationen der Gegenrevolution würden ihn nicht hindern, mutig auch weiterhin für die Sache des Proletariats einzutreten. Nun erst recht! Leider hätten so viele Beamte Angst vor dem Wort „Proletarier". Wir alle, die wir von unserer Hände oder unseres Kopfes Arbeit leben, seien aber Proletarier, es sei Hochmut, sich das nicht eingestehen zu wollen. Auch vor dem Rätegedanken hätten viele Beamte Furcht. Dabei sei dieser nichts anderes als die Verwirklichung der Selbstverwaltung aller Arbeitenden. Wenn man skeptisch auf die russischen Zustände hinweise, so geschähe das nur von solchen, die einfach nicht einsehen wollten, daß der revolutionäre Sozialismus in Deutschland bei der veränderten Sachlage selbstverständlich bei der Durchführung seines Programms andere Wege einschlagen werde und müsse. Schließlich versuche man vor der USP. noch graulich zu machen, indem man auf den Mangel an Religion hinweise. Diese Denunziationen könnten nur auf den Eindruck machen, der die Religion des Portemonnaies höher wertet als die Religion der Tat. Nicht nur wählen müsse man die USP., darüber hinaus gälte es auch für den revolutionären Sozialismus dauernd tätig sein.

„Und setzet ihr nicht das Leben ein,
Nie wird euch das Leben gewonnen sein."

Auch Werkmeisters Ausführungen wurden mit brausendem Beifall aufgenommen. Da alle Anwesenden mit den vorgetragenen Gedanken voll und ganz einverstanden waren, kam es zu keiner weiteren Diskussion. Die Versammlung war ein großer Erfolg für die USPD.

Die Vorgeschichte der Verhaftung des Genossen Werkmeister.

Das mysteriöse Dunkel, das um die Verhaftung unseres Genossen Professor Dr. Werkmeister (Stettin) schwebte, ist inzwischen aufgehellt worden. Es handelte sich bei der Verhaftung um weiter nichts, als einen unbequemen politischen Gegner und Kritiker unschädlich zu machen. Dies zu erreichen, scheute man nicht vor Betrug zurück, um die Berliner Zentralbehörde, den Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit in Berlin, Herrn Weißmann, zu blufen und sie zum Vorgehen gegen Genossen Werkmeister zu veranlassen, der inzwischen auf Veranlassung der Berliner Behörde wieder aus der Schutzhaft entlassen worden ist.

An diesem reaktionären Betrugsmanöver ist in erster Linie das Stettiner Wehrkreiskommando II, also der von Mecklenburg her berüchtigte General Weber, und der stellvertretende pommersche Oberpräsident Freiherr v. Hohenhorst mit ihren militärischen und zivilen Spitzelzentralen beteiligt; bei der zivilen Spitzelzentrale ist übrigens charakteristisch, daß an ihrer Spitze die in Stettin bekannte Zeitungsreporterin Karla König steht, die Demokratin ist. General Weber hatte schon vor einiger Zeit ein seinem Inhalte nach in unserem Stettiner Parteiorgan Kämpfer veröffentlichten Rundschreiben an die Offiziere des Wehrkreiskommando II erlassen, in dem im Anschluß an eine April-Versammlung des Republikanischen Führerbundes, dessen erster Vorsitzender ein rechtssozialistischer Leutnant Stegemann (Stettin) und dessen zweiter Vorsitzender unser Genosse Werkmeister als früherer Kavallerieoffizier ist, die Offiziere aufgefordert wurden, Mittel anzugeben, wie die beiden Führer Stegemann und Werkmeister unschädlich zu machen seien. Direkt wagte General Weber nichts zu machen. Da kam ihm nun aber ein Vortrag sehr willkommen, den Gen. Werkmeister auf Veranlassung unserer Partei in Halle in einer Beamtenversammlung zu halten beabsichtigte und wozu er noch besonders Urlaub von seiner vorgesetzten Behörde erbeten und erhalten hatte.

In Stettin ist gerade in diesen Wochen der demokratische Oberpräsident Lippmann beurlaubt, sein Vertreter ist der als Reaktionär bekannte Oberpräsidialrat Freiherr v. Hohenhorst. Mit ihm zusammen konnte man vorzüglich die Unschädlichmachung unseres Genossen Werkmeister erwirken. Die militärische und zivile Spitzelzentrale Stettins mußte melden, daß Prof. Werkmeister an seinem Privattelephon, das natürlich mit der Spitzelzentrale stets verbunden ist, geäußert habe, er müsse am Donnerstag, d. 20. Mai, nach Halle fahren und — nun kommt die famose Lüge! — wolle dort eine Räteregierung ausrufen. Man sieht, Wahrheit und Falschheit wurde vorzüglich gemischt. Denn unser Gen. Werkmeister hat später in Berlin ausdrücklich erklärt, niemals eine derartige telephonische Aeußerung getan zu haben, wohl aber habe er telephonisch gegenüber Bekannten geäußert, daß er am 20. Mai im Parteiinteresse in Halle einen Vortrag halten werde.

Mit der von der Spitzelzentrale so zurechtgemachten Lügenmeldung ging nun Herr Freiherr v. Hohenhorst hausieren, er telegraphierte sie nach Berlin, fügte noch hinzu, Werkmeister sei auch tatsächlich am Donnerstag früh abgereist und setzte unter das Telegramm den Namen des von ihm vertretenen demokratischen Oberpräsidenten Lippmann, wahrscheinlich um dadurch der Berliner Zentralbehörde die Sache einleuchtender zu machen. Denn daß Lippmann eine derartige Blankovollmacht vorher gegeben habe, erscheint so gut wie ausgeschlossen. Der Staatskommissar Weißmann traute aber gleichwohl der Sache nicht ohne weiteres, gab die Meldung aber weiter nach Magdeburg, und der dortige rechtssozialistische Oberpräsident Hörsing gab daraufhin ganz selbständig nach Halle an die Kriminalpolizei den Befehl, daß der „Kommunist" Professor Dr. Werkmeister zu verhaften sei. Uebrigens ist es charakteristisch, daß der Hallische Kriminalkommissar es nicht einmal für nötig befand, unserem Genossen Werkmeister den Grund der Verhaftung mitzuteilen, obwohl dieser jenen danach wiederholt fragte.

Man sieht aus der ganzen Geschichte, daß die reaktionäre rachsüchtige Offizierskamarilla, in diesem Falle der General Weber vom Wehrkreiskommando II ebenso wie der reaktionäre Freiherr v. Hohenhorst vom Oberpräsidium Stettin, sich nicht scheute, sich selbst des niedrigsten Mittels, der Lüge, zu bedienen, wenn es gilt, einen unbequemen politischen Gegner „unschädlich" zu machen. Warum duldet aber die Berliner Zentralbehörde solche Männer wie General Weber und den Oberpräsidialrat Freiherrn von Hohenhorst auf ihren Posten? Weg mit diesen reaktionären Beamten, die nur darauf hinarbeiten, der proletarischen Arbeiterschaft ihre geistigen Führer zu nehmen!

Wie man die Kleinrentner fangen will.

Die Kleinrentner, das heißt die Rubegehaltsempfänger, die Invaliden der Arbeit, auch die Kriegsinvaliden bekommen gewöhnlich während der Wahlen einen ganzen Strauß schöner Versprechungen. Diese unglückliche Bevölkerungsschicht, die heute das größte Elend zu erdulden hat, ist ein Opfer des kapitalistischen Systems. Die Bürgerlichen versprechen ihnen ein anderes Leben, wenn die Reaktion wieder aufgerichtet wird, aber diese Herrschaften wissen ganz genau, daß die Reaktion sich gar nicht um die Nöte der Invaliden kümmern wird. Hat sie es doch nicht einmal vor dem Kriege, als alles in Fett schwamm, und sie für regierte, in ausreichendem Maße getan. Der Leierkastenmann mit dem EK. von 1871 ist noch zu deutlich in aller Erinnerung, als daß die deutschnationalen Versprechungen aller Art, von denen sie selber wissen, daß sie sie niemals erfüllen können, die Pensionäre zu fangen. Der deutschnationale Parteisekretär Männecke wurde abkommandiert, um einen angeblich „unpolitischen" Verein für diese Invaliden zu begründen. Mehrmals versuchte dieser Herr, sogar das Volksblatt vor den Wagen seiner Parteizwecke zu spannen, was ihm aber nicht gelang. Wie recht wir damit hatten, Herrn Männecke abfallen zu lassen, das zeigte sich jetzt in der Wahlbewegung. Die Deutschnationalen machen Versammlungen der Kleinrentner und Invaliden, in denen Herr Männecke spricht, derselbe Männecke, der die unglücklichen Opfer des Kapitals nur zu wirtschaftlichen Zwecken zusammenschließen wollte, wie er uns mehrmals erzählte.

Wer und was kann den Invaliden und Pensionären helfen? Etwa die Herrschaften, die Deutschland durch ihre wahnwitzige Politik ins Elend gebracht haben und jetzt schreien: „Haltet den Dieb?" Oder die Ebert-Republik, die man besser als Schibberia bezeichnen könnte? Nein, allein der Sozialismus rettet auch die Invaliden der Arbeit wie diejenigen des Krieges aus ihrer Notlage. Die Unabhängige Sozialdemokratie, die mit aller Kraft den Sozialismus erstrebt, verspricht keine goldene Berge, solange der auf Lug und Unterdrückung aufgebaute Gegenwartsstaat besteht; sie schwindelt nicht die Pensionäre mit Versprechungen an, wie die bürgerlichen Parteien es tun, die nachher, wenn ihre Macht wieder gesichert ist, gar nicht daran denken, ihre schönen Wahlreden in die Tat umzusetzen. Die USPD. erklärt vielmehr: Erst der Sieg der sozialen Revolution wird, wie allen Mühseligen und Beladenen, auch den Opfern der Arbeit ein menschenwürdiges Dasein bringen. Unter den Maßnahmen, die dann sofort zu treffen sind, um den Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu beginnen, steht mit an erster Stelle:

Anpassung der Löhne, Renten und Unterstützungen an die Kosten der Lebenshaltung.

Hier liegt die Rettung für die Kleinrentner. Keine willkürliche Festsetzung der Rente mehr, sondern Anpassung an die Kosten der Lebenshaltung. Ueber all diese Fragen spricht am Mittwoch abend der Arbeitersekretär Powitzky in einer Versammlung, zu der besonders auch die Kriegsbeschädigten, die Hinterbliebenen und Lazarettinsassen geladen sind.

Kleinrentner, Pensionäre, wenn ihr ein menschenwürdiges Dasein wollt, kämpft für den Sozialismus, und zum Beweis, daß ihr wollt, wählt am 6. Juni nur die Liste der USPD.

Kunert-Koenen-Düwell.

Unerhörte Schröpfung der Arbeiter.

Aus Berlin wird gemeldet, daß der Reichsminister der Finanzen die Bestimmungen der §§ 45—52 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 mit Wirkung ab 25. Juni 1920 in Kraft gesetzt hat. Danach werden sämtliche Arbeitgeber von diesem Tage an verpflichtet sein, zehn Prozent des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers als vorläufige Einkommensteuer einzubehalten und für diesen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers zu kleben.

Es ist klar, daß der Finanzminister absichtlich das Gesetz erst für den 25. Juni, also für die Zeit nach den Wahlen, angeordnet hat. Würden doch die Angestellten und unteren Beamten in Scharen von den Demokraten und Rechtssozialisten abschwenken, wenn das Gesetz schon am 25. Mai in Kraft getreten wäre. Bei dieser Gelegenheit muß daran erinnert werden, daß dieses schmachvolle Steuergesetz nur für Arbeiter und Angestellte gilt, während dem Kapitalisten, dem Unternehmer, nach wie vor erlaubt ist, sein Einkommen selbst einzuschätzen. Das heißt, der Ausbeuter kann erst von seinem Profit auf die Seite schaffen, soviel ihm gut dünkt, während der Ausgebeutete, der Arbeiter und Angestellte, rundweg von seinem an und für sich schon knappen Lohn den 10. Teil abgezogen bekommt. — Arbeiter, Angestellte, Beamte, gerade dies Steuergesetz der Koalitionsregierung, das der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung ungeheure Lasten auferlegt, muß euch zeigen, wie die Interessen der Kapitalisten von den Demokraten und Rechtssozialisten gewahrt werden. Deshalb gebt alle, die ihr noch bei der Wahl zur Nationalversammlung diesen Parteien eure Stimmen gegeben habt, angesichts dieses Verrats der Koalitionsregierung nur der Partei eure Stimme, die das Wohl und Wehe des gesamten arbeitenden Volkes im Auge hat, und das ist einzig und allein die Unabhängige Sozialdemokratie mit der Liste Kunert — Koenen — Düwell.

---

* **Holzarbeiter.** Morgen, Dienstag, abend 7½ Uhr findet in der Erholung, Martinsberg 6, eine Branchenversammlung der Modell- und Fabriktischler statt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollen Besuch.

* **Reichsbund der Kriegsbeschädigten.** Dienstag, den 1. Juni 1920, abends pünktlich ½8 Uhr, in Wilsdorfs Gesellschaftshaus: Gemeinsame Versammlung. Hochwichtige Tagesordnung. 2 Referate: 1. Kamerad Fiebler: Bericht vom Bundestag in Würzburg; 2. Kamerad Röber Magdeburg, Gauleiter für Sachsen-Anhalt: Die organisatorische Neugliederung des Reichsbundes.

* **Hallischer Lehrerverein.** Die nächste Versammlung findet Dienstag, den 1. Juni, abends 8 Uhr, in der Talamtschule statt. Tagesordnung: 1. Parteipolitische Spaltungen in den Lehrervereinen (Herr Dieß). 2. Kreisschulinspektion und Städtische Schulverwaltung (Herr Ebert). 3. Dringlichkeitsantrag Hofrichter und Genossen betr. Lehrerbesoldung. — Weitere Versammlungen: 15. Juni, Vortrag: Lehrerverein und Gewerkschaft (Lehrer Kapelle-Leipzig). 6. Juli, Vortrag: Die weltliche Schule (Lehrer Kluge-Leipzig).

* **Vertagung des Ferchlandt-Prozesses.** Der Prozeß gegen den Genossen Ferchlandt vor dem Oberkriegsgericht in Magdeburg wurde vertagt. Wie wir erfahren, soll die Verhandlung erst im August stattfinden.

* **Achtung vor dem Spitzel Weider!** Der aus dem Kilian- und Ferchlandt-Prozeß bekannte Spitzel Weider war nach diesen Prozessen plötzlich aus Halle verschwunden. Seit den Märztagen treibt er sich wieder in Halle herum, ohne polizeilich angemeldet zu sein. Während des Kapp-Putsches hat er den Hallischen Kapp-Offizieren Zuträgerdienste geleistet. In den letzten Wochen bestätigt seine saubere Tätigkeit darin, daß er einen Genossen beständig verfolgt und beobachtet. Er wird dabei von dem im April aus der Strafhaft entlassenen, ebenfalls aus dem Kilian-Prozeß bekannten Spitzel Langer unterstützt. Weider ist in letzter Zeit wiederholt in Begleitung von Offizieren gesehen worden. Auch scheinen seine Beziehungen zu dem Lockspitzel Hartung, der im Kirchtor wegen einer Reihe von Hochstapeleien in Untersuchungshaft sitzt, wie auch zu dem Staatsanwaltschaftsrat Saß besonders freundschaftlich zu sein. Konnte man doch in dem Prozeß, der am Donnerstag gegen unseren Genossen Hans Ferchlandt stattfinden sollte, bemerken, daß sich der Staatsanwalt und der „Schulamtskandidat ohne Examen" Weider aufs freundlichste begrüßt und unterhalten haben. Auch der aus der Zelle vorgeführte wohlgemästete Hartung warf seinem Freund Weider andauernd verheißungsvolle Blicke zu. Wie der von uns veröffentlichte „Kirchtor-Dialog" zeigt, stehen die Spitzel — auch wenn sie hinter Gefängnismauern sitzen — mit der Offizierszentrale (siehe Lt. Schaum) in engster Verbindung. Wir warnen alle Genossen vor dem Spitzel Weider, jeder klassenbewußte Arbeiter meidet solche Menschen wie die Pest. Personalbeschreibung: Untersetzte Figur, stechende, unstete Augen, gerötetes Gesicht, schwarzes Haar, trägt mit Vorliebe blauen Anzug mit dem EK. I.

* **Die Jugend und die Reichstagswahlen.** Ueber dieses Thema sprach am Freitag abend im Volkspark Genosse Scholem. Letzter war diejenige Altersschicht, für welche die Versammlung in erster Linie bestimmt war, nämlich die wahlfähige Jugend, kaum erschienen, während, zu ihrer Ehre sei es gesagt, die Jugendlichen unter 20 Jahren, aus den Organisationen der Freien Sozialistischen und der Sozialistischen Proletarierjugend, zahlreich anwesend waren. Unter großem Beifall bedauerte es der Referent, daß die wahlfähige Jugend sich lieber auf den Tanzböden herumtreibt, als sich politisch aufzuklären. Die heranwachsende Jugend ist unsere Hoffnung. Gen. Scholem sprach über die geistige und wirtschaftliche Not der Jugend und über das, was die Parteien für die Jugend geleistet haben. Er forderte auf, nur die revolutionäre Partei, die den Sozialismus durch Kampf erstrebt, die Unabhängige Sozialdemokratie, zu unterstützen. In der Debatte, die sehr lebhaft war, sprachen verschiedene Genossen von der Freien Jugend. Im ganzen war die Debatte sachlich. Die Versammlung zeigte, daß gerade die Jugend unter 20 Jahren ein lebhaftes politisches Interesse hat.

* **Einigung zwischen Zahnärzten und Krankenkassen.** Der Unterverband der Krankenkassen in der Provinz Sachsen und Anhalt, Sitz Magdeburg, der Wirtschaftliche Verband der Zahnärzte, ein Vertreter des Vereins selbständiger Dentisten der Provinz Sachsen und Anhalt sowie drei Regierungsvertreter tagten am 28. d. M. in Halle, St. Nikolaus, von 11 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm. und kamen zu einer Einigung, welche die Honoraraufbesserung der Zahnärzte als berechtigt anerkannte. Danach steht zu erwarten, daß die Allgemeine Ortskrankenkasse in den allernächsten Tagen neue Verträge abschließen wird, wie das andere Krankenkassen schon vor längerer Zeit konnten, welche auch ihren Mitgliedern und deren Familienangehörigen zugute kommen. — Die Betriebskrankenkasse der Firma Lenz u. Ko., G. m. b. H., glaubt noch mit Friedenspreisen rechnen zu können, daher arbeitet hier kein Zahnarzt und kein Dentist für dieselbe. Die Betriebskrankenkasse der Eisenbahndirektion schwankt zwischen Frieden und Jetztzeit, es arbeitet kein Zahnarzt für dieselbe und die Dentisten müssen ihre Tätigkeit für diese Kasse auch einstellen, wenn sich dieselbe in absehbarer Zeit nicht bereit erklärt, sich den jetzigen Zeitverhältnissen anpassen zu wollen und wenigstens die Mindesthonorare zu bewilligen, die der Unterverband der Krankenkassen, ohne Widerspruch der Regierungsvertreter, anstandslos als berechtigt anerkannt hat. Zur Vermeidung eines öfter auftretenden Irrtums, sei hiermit nachdrücklichst darauf hingewiesen, daß das Vorgehen der Zahnärzte und Dentisten nichts mit dem Aerztestreik gemein hat.

* **Mitteilung.** Frau Minna Löschke, wohnhaft Krukenbeorstr. 3, bittet uns, mitzuteilen, daß sie mit der wegen Höchstpreisüberschreitung bestraften Handelsfrau Löschke nicht identisch ist.

* **50 Jahre für das Kapital geschuftet.** Am 1. Juni feiert unser alter Genosse, der Kesselschmied Ernst Zeh, sein 50jähriges Arbeitsjubiläum bei der Firma F. Schmidt, Zweigniederlassung der Sangerhäuser Aktien-Maschinenfabrik vorm. Hornung u. Rabe.

* **Unsere Volksbuchhandlung** bringt heute im Anzeigenteil ein neues Verlagsverzeichnis, hauptsächlich im Verlag Vorwärts erschienenen Parteiliteratur. Mit Ausnahme der unbrauchbaren polemischen Schriften zur Verteidigung der Haltung der Rechtssozialisten, sind alle ältere Werke grundlegende Schriften unserer Partei zu haben. Es ist nur zu empfehlen, das Verzeichnis aufzuheben und bei Bedarf sich an die Volksbuchhandlung zu wenden.

* **Stadttheater.** Heute, Montag, abend 7½ Uhr gelangt die Operette Der Bettelstudent zur Aufführung. Dienstag Hans Heiling, Mittwoch Tartüff, Donnerstag Femina, Freitag Der Bettelstudent, Sonnabend Das Dreimäderhaus, Sonntag nachmittag Volksvorstellung: Herrschaftlicher Diener gesucht, Sonntag abend: Die Afrikanerin.

* **Das gute Beispiel.** Auch der Arbeiter-Sängerchor spendete für den Bahlfond 100 Mk., ebenso der Arbeitergesangverein Osmünde und Umgegend 50 Mk., der Verband der Buchbinder 300 Mk., der Verband der Glaser 300 Mk. und der Verband der Steinmetzen 100 Mk. Mögen diese Taten als Ansporn dienen.

* **Wem gehört der Wagen.** Durch die Polizeiverwaltung in Können ist dort ein größerer, unterhaltener Handrollwagen beschlagnahmt worden, der auf dem Flugplatz in Halle gestanden haben, bei den Märzunruhen zum Transport von Munition benutzt und schließlich mit nach Können genommen sein soll. Der Eigentümer wird ersucht, sich auf der Kriminalpolizei, Zimmer 37 oder 38, zu melden.

* **Beim Radern verunglückt.** Gestern Nachmittag ist der 15 Jahre alte Willi Haack von hier beim Kahnfahren unweit der Rabenmühle ertrunken.

* **Fahrraddiebstahl.** Gestohlen wurde am 21. Mai das nachstehend näher bezeichnete Fahrrad: „Marke Neutral", schwarzer Rahmen, gelbe Felgen, nach oben gebogene Lenkstange, graue Gummibereifung und doppelte Ueberspannung. Vor Ankauf wird gewarnt. Wer Angaben über das Fahrrad oder den Anbieter machen kann, wolle sich umgehend bei der Kriminalpolizei, Zimmer 70 oder 71, melden.

Ammendorf. Aus der Partei. Heute, Montag, den 31. Mai, findet eine Sitzung der Funktionäre und Straßenvertrauensleute sowie der Gemeindevertreter vom 1. Distrikt Ammendorf und Beesen statt. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Um genaue Beachtung

der neuen Portogebühren wird gebeten. Einfache Briefe müssen jetzt mit 40 Pf., solche über 20 g mit 60 Pf., Postkarten mit 30 Pf. frankiert werden.

Die Redaktion des Volksblattes.

Arbeiter, tretet den Vereinen der Unabhängigen Sozialdemokratie bei und werdet Leser des Volksblattes!

Männer schützt Euch durch
Viro vor geschlechtlicher Ansteckung. Schachtel für sechsmaligen Gebrauch 2,50 Mk. Verkaufs- und Versandstelle:
G. Klappenbach, Gummiwaren, Halle, Gr. Ulrichstr. 41. Fernruf 6545

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192005 31-13/fragment/page=0006

Aus der Provinz.

Sogar Hörsing wird es zuviel.

Einen sehr interessanten Artikel aus der Feder des Oberpräsidenten Hörsing gegen das wüste Treiben der Rechtsputschisten veröffentlicht das Pressebureau des Oberpräsidiums der Provinz Sachsen. Es heißt darin u. a.:

„Das Bürgertum, die Beamtenschaft, die Frauen und Teile der Arbeiterschaft werden dauernd dadurch irre zu führen versucht, daß man mit einer Fähigkeit ohne gleichen einen „Putsch von links" an die Wand malt. Ja, man geht so weit, im ganzen Reiche mit dem bevorstehenden „Putsch von links" in der Provinz Sachsen zu operieren, ängstliche Gemüter im ganzen Reich einzuschüchtern, und stellt damit indirekt die Bevölkerung der Provinz Sachsen, besonders aber die Arbeiterschaft, als Putschisten, Räuber und Verbrecher hin.

Indem ich vor aller Oeffentlichkeit gegen dieses Wahlmanöver protestiere, weise ich die indirekte Beleidigung und Schmähung der Bevölkerung Sachsens, besonders der Arbeiterschaft, mit Entrüstung zurück und stelle fest, daß niemand in Sachsen an einen Linksputsch denkt.

Wenn von einem Putsch überhaupt geredet werden kann, so nur insoweit, als daß es Personen gibt, die nicht dem Arbeiterstande angehören, sich aber an die Arbeiterschaft mit dem größten Radikalismus heranmachen, Werbungen für einen sogenannten Roten Soldatenbund vornehmen usw. Das Treiben der Schröder-Mahnke und ähnlicher Personen ist weiter nichts als eine Provokation der Arbeiterschaft. Es ist das verbrecherische Treiben von Elementen, die nichts mit der Arbeiterschaft zu tun haben, nie einer linksstehenden Partei angehört haben, dafür aber mit großen Geldmitteln arbeiten, und es ist zu verstehen, wenn heute in der Arbeiterschaft sich der Glaube verbreitet, daß es Elemente von der äußersten Rechten sind, die für ihre Zwecke die Arbeiterschaft mißbrauchen wollen. Mit Genugtuung stelle ich fest, daß die Arbeiterschaft diesen Elementen fast überall die Tür gewiesen hat und nichts von diesen Provokateuren wissen will. — Kommunisten und Unabhängige sollen ferner beschlossen haben, mich und alle leitenden Beamten und Politiker zu verhaften, damit die Führung verlorengeht. Unter dem Vorsitz eines Magedburger Rechtsanwalts sollen alle Verhafteten vor ein Revolutionstribunal gestellt werden. Eisenbahnbrücken sollen gesprengt, Waffendepots sofort gestürmt werden. Die Arbeiterschaft ganzer Betriebe soll sich in die Rote Armee eingezeichnet haben. Am Wahltage sollen organisierte Banden die Wahlen stören, die Wahlkästen rauben oder zerschlagen usw. In dieser Weise gehen solche Schauermärchen jetzt von Mund zu Mund.

Ich wende mich an die Bevölkerung der Provinz mit der Bitte, die ganzen Putschgeschichten als das, was sie sind, nämlich als elenden Wahlschwindel, anzusehen. Lasse sich niemand durch die Schauermärchen beeinflussen, verliere niemand den Kopf. Aber man lasse sich weder jetzt noch am Wahltage provozieren oder zu irgendeiner Unbesonnenheit hinreißen."

Dieser Aufruf Hörsings ist weiter nichts, als eine Bestätigung dessen, was wir in den letzten Wochen Tag für Tag gesagt haben. Natürlich ist es die Angst vor den Wahlen, die Hörsing jetzt die Feder gegen die Schwindler in die Hand drückt. Die geradezu leichtfertig-verblendete Politik der Rechtssozialisten, die Noske-Politik, hat die Hetze gegen die Arbeiterschaft ja erst ermöglicht. Wenn Hörsing den Spitzelputsch in Sangerhausen als eine von der äußersten Rechten inszenierte Wahlmache nennen kann, so hat er das lediglich dem von uns über Schröder-Mahnke veröffentlichten Beweismaterial zu verdanken. Wir wissen aber auch, daß Hörsings Sorge vor einer Verängstigung der Arbeiterschaft übertrieben ist. Der weitaus größte Teil der Arbeiterschaft weiß, was er von den Rechtsputschisten zu erwarten hat und wird diesen Elementen am 6. Juni dadurch die richtige Antwort geben, daß er seine Stimme der USP. gibt.

Schröder-Mahnke verhaftet.

Wie die Pressestelle des Oberpräsidiums meldet, wurde die Provokateurin Schröder-Mahnke in Naumburg in Schutzhaft genommen. Ihre Verhaftung ist sicher auf die von uns gemachten Ausführungen über den Sangerhäuser Putsch zurückzuführen. Es ist nun interessant, zu beobachten, wie die Hallesche Zeitung, die noch einige Tage zuvor die Sache so darstellt, als ob die Schröder-Mahnke eine Ententespitzelin sei, am Sonnabend ohne jeden Kommentar ihren Lesern verkündet: Die Provokateurin Schröder-Mahnke ist verhaftet. Bemerkenswert ist ferner eine Notiz, die der Vorwärts veröffentlicht:

„Von militärischer Seite wird die Angabe, daß Frau Schröder-Mahnke, die Anstifterin des Putsches von Sangerhausen, im Dienst militärischer Stellen gestanden habe, dementiert. Zugegeben wird, daß sie sich militärischen Stellen wiederholt angeboten hat. Ein Spitzel war sie also auf jeden Fall."

Für wen hat sie denn dann ihre Spitzeldienste, und die Inszenierung des Sangerhäuser Bankraubes ausgeführt, wenn nicht für das Militär? Es wäre zu empfehlen, wenn man ihren Helfershelfer, den Leutnant Schaum, ebenfalls verhaften würde. Der Zusammenhang ihrer Tätigkeit mit den Militärstellen wäre dann sehr leicht nachzuweisen. — Ueber das Vorleben der Frau Schröder-Mahnke schreibt ihr früherer Gatte:

„Frau Schröder-Mahnke war mit mir vom 7. November 1917 bis zum 21. Februar 1920 verheiratet. An diesem Tage wurde die Ehe auf meinen Antrag hin geschieden. Im Oktober 1918 machten wir eine Theaterreise nach Rußland, die bei der Revolution im November einen jähen Abschluß fand. Dann gingen unsere Wege wegen ihres Lebenswandels in der Ehe auseinander." — Herr Mahnke erklärt des weiteren, daß seine Frau sich in dieser Zeit mit politischen Fragen nicht beschäftigt habe."

Damit sind auch die Ausführungen des Oberleutnants Gießen in der Halleschen Zeitung hinfällig; denn der ehemalige Gatte Schröder-Mahnkes erklärt ausdrücklich, daß seine damalige Gattin auf der russischen Reise und bis zum Februar 1920 sich nicht mit politischen Fragen beschäftigt hat. Dann kann sie also nicht eine Ententespitzelin gewesen sein, wie Oberleutnant Gießen behauptet. Man darf nun gespannt sein, was für eine Ausrede jetzt die „militärische Nachrichtenstelle" bringt.

Hochwasserkatastrophe in Mansfeld.

In Mansfeld und Umgebung haben am Sonnabend große Wolkenbrüche starke Beschädigungen an Häusern, Straßen und Brücken angerichtet. Da etwa 50 Gebäude dem Einsturz nahe sind, wurde eine Pionierkompagnie nach Mansfeld kommandiert. Ueber die so plötzlich eingetretene Hochwasserkatastrophe schreibt die Mansfelder Volkszeitung:

„Mit elementarer Wucht kamen die Wassermassen von Möllendorf, vom Schloßberg geflossen, so daß in wenigen Minuten die Fluten eine Höhe von ungefähr 3 bis 4 Meter erreichten. Alles, was dem entfesselten Element im Weg stand, wurde hinweggerissen. Baumstämme von 3 bis 5 Meter Länge, Tore, Türen, Gartenzäune, Stroh, kamen angeschwommen. Die massive Brücke am Schloßberg und die Kirchhofsmauern und alle Grabsteine sind hinweggespült. Der Kriegsinvalid F. Feuerkauf, welcher am Flutgraben wohnt, hat alles verloren. Ebenso schrecklich hat die Flut das Hotel Preußischer Hof zugerichtet. Das Mobiliar, die wertvollen Instrumente sind völlig zerstört. Eine Schlammschicht von zirka 1 Fuß Höhe bedeckt die Fußböden. — Auch in den Grunddörfern hat das Hochwasser erheblichen Schaden angerichtet. Hergisdorf, Ahlsdorf, Ziegelroda und auch Klostermansfeld glichen einem See, so daß an vielen Stellen die Feuerwehr eingreifen mußte, um das Wasser aus Kellern und Wohnungen auszupumpen. Mancher Bewohner hatte das liebe Vieh in die oberen Räume seines Hauses transportieren müssen, um es vor der Gefahr des Ertrinkens zu retten."

In einem Aufruf fordert die Mansfelder Kreisleitung der USP. die Genossen auf, sofort mit allen Mitteln unterstützend einzugreifen. Die Orts- und Unterbezirke sollen Kolonnen zusammenstellen, die sich dem Landratsamt zu Aufräumungsarbeiten zur Verfügung stellen.

Wittenberg. Lebensmittelverteilung. In der nächsten Woche gelangen folgende Lebensmittel in allen einschlägigen Geschäften des Kreises an Versorgungsberechtigte zum Verkauf: In der Zeit vom 30. Mai bis 5. Juni auf Marken HV. 26 und NV. 26, für Selbstversorger auf Marken SC. 6 und NC. 6 je zwei Päckchen Süßstoff (Packung 1) zum Preise von 50 Pf. pro Päckchen. Von Montag, den 31. Mai, an auf Marken HV. 27 und NV. 27 Oel. Von Dienstag, den 1. Juni, an auf Marken HS. 28 und NS. 28 ½ Pfund Haferflakte zum Preise von 1,05 Mk. Am Mittwoch, den den 2. Juni, an Marmelade in beliebiger Menge zum Preise von 2,75 Mk. für das halbe Pfund. Am Donnerstag, den 3. Juni, und Freitag, den 4. Juni, auf Marken HV. 29 und NV. 29 Margarine. Der Verkauf der genannten Lebensmitel erfolgt in der Stadt Wittenberg sowie in den übrigen Städten und Gemeinden des Kreises auf die Markenkarten des Kreises für Versorgungsberechtigte.

Annaberg. In der Mitgliederversammlung vom 26. Mai wurde der Ueberschuß von 828 Mk. dem Wahlfonds überwiesen. Dem Beschluß des Gewerkschaftskartells, daß jeder gewerkschaftlich Organisierte je nach seinem Verdienst für die Märzopfer zeichnen soll, wurde zugestimmt. Anschließend wurde eingehend über die Vorbereitung zur Wahl, besonders über die Stimmzettelverteilung und Flugblattverbreitung verhandelt. Alle Genossen werden aufgefordert, in der letzten Woche vor der Wahl alle Kräfte zur Werbearbeit anzuspannen.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).
Harz 42-44.

Ansichts-Postkarten
empfiehlt Die Volks-Buchhandlung.

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Städtischer Verkauf von Kerzen

in der Talamtschule, am Dienstag, den 1. Juni 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 18001—27500 vormittags von 8—12 und die Inhaber der Nummern 27501—37000 nachmittags von 2—6 Uhr. Es werden an diejenigen Haushalte, welche in ihrer Wohnung keine elektrische Lichtanlage haben, drei Kerzen zum Preise von Mk. 4 für drei Stück abgegeben.

Die Ausgabe der Sonderzuckerkarten für den Monat Juni an Kinder bis zu 2 Jahren findet im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, 2. Saal links, vormittags von 9—12½ Uhr statt. Die Ausgabe erfolgt an die empfangsberechtigten Haushalte mit den Anfangsbuchstaben: A—D am Dienstag, den 1. Juni, E—G am Mittwoch, den 2. Juni, H—J am Donnerstag, den 3. Juni, K am Freitag, den 4. Juni, L—M am Sonnabend, den 5. Juni, N—Q am Montag, den 7. Juni, R am Dienstag, den 8. Juni, S am Mittwoch, den 9. Juni, T—V am Donnerstag, den 10. Juni, W—Z am Freitag, den 11. Juni. Der Lebensmittelschein und die Geburtsurkunde des in Frage kommenden Kindes sind vorzulegen. Es wird darauf hingewiesen, daß nur diejenigen Zuckermarken, die mit dem Gemeindesiegel versehen sind, Gültigkeit haben.

Auf Grund des § 4 der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 10. April 1920 (Reichs-G.-Bl. S. 512) wird hiermit für den Stadtkreis Halle folgendes angeordnet:

§ 1. Wer Kommunalverbandszucker zugewiesen erhält, darf hieraus nur die im § 2 der Verordnung vom 10. April 1920 unter A Gruppe I und II und unter B Gruppe I und II angeführten Süßigkeiten gewerbsmäßig herstellen und im Kleinverkauf in Mengen von höchstens 1 Pfund abgeben. Der Verkauf darf nur nach Gewicht erfolgen und ist lediglich auf den Kommunalverband Halle beschränkt.

§ 2. Für die zum Verkauf zugelassenen Süßigkeiten dürfen folgende Preise, Reingewicht, höchstens gefordert und genommen werden:

A. Karamel-Bonbons und Dragees:
Gruppe I . . . 3,80 Mk. für das Pfund,
Gruppe II . . . 4,00 Mk. für das Pfund.

B. Konserventonfekt:
Gruppe I . . . 3,80 Mk. für das Pfund,
Gruppe II . . . 4,00 Mk. für das Pfund.

§ 3. Wer Kommunalzucker zugewiesen erhält, darf ihn nur zur Herstellung von Süßigkeiten im eigenen Betrieb verwenden. Eine Abgabe in unverarbeitetem Zustande ist untersagt. Die Abgabe von Süßigkeiten aus Kommunalzucker darf nur im Ladengeschäft bzw. dem Straßen-, Markt- oder Meßstand des Herstellers im Kommunalbezirk Halle erfolgen. An den genannten Verkaufsstellen ist ein Abdruck dieser Bekanntmachung an einer den Käufern sichtbaren Stelle anzubringen.

§ 4. Wer Kommunalverbandszucker zugewiesen erhält, ist verpflichtet, über die Herstellung und den Verkauf von Süßigkeiten ordnungsmäßig Buch zu führen. Der Magistrat kann für die Buchführung bestimmte Muster vorschreiben.

§ 5. Die Herstellung von Zucker-, Karamel- und oder Pfefferminztonfen und deren Verkauf ist verboten. Desgleichen dürfen aus Zucker, der vom Magistrat (Zuckerstelle) zugeteilt wird, Produkte von Süßigkeiten, die der erhöhten Umsatzsteuer unterliegen (§ 15 zu II, Nr. 32 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919, Reichs-G.-Bl. 1919 S. 2157) nicht hergestellt werden.

§ 6. Verstöße gegen diese Verordnung werden mit Entziehung der Zuckerbelieferung und nach den bestehenden Bestimmungen bestraft.

§ 7. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Juni 1920 in Kraft.

Der Seiler Herr Richard Zöllner, Kuttelhof 13, ist zum Schiedsmann für den 4. Bezirk auf eine dreijährige, am 15. Mai d. J. begonnene Amtsdauer gewählt und bestätigt worden.

Thalia-Theater.
Letzter Tag
der Ringkampf-Konkurrenz.
Zwei große Entscheidungskämpfe.
Auszahlung der Preise. *626
Es ringen um den 1. und 2. Preis:
Roland gegen Görner.
Es ringen um den 3. und 4. Preis:
Zaremba gegen Buchheim.
Ausserdem: Letztes Auftreten Mister Bombs
in seinem originellen Ringkampf
gegen van der Heydt.
Eintrittspreise: 4.50 u. 2.90 einschl. Kartensteuer.
Kassenöffnung 6½ Uhr. — Anfang 8 Uhr.

Stadttheater.
Dienstag, d. 1. Juni, 1358
Anfg. 7½, Ende 10¼ Uhr:
Hans Helling.
Mittwoch: Tartüff.

Komplette Küchineinrichtung wegzugshalb. zu verkaufen. 1363
Dorotheenstr. 4 III.

Schürzen
für Männer und Frauen
sehr dauerhaft, empfiehlt
Max Albert,
Prinzenstr. 18. *620

Die Zuteilung von weiteren Kochkohlenkarten.
(Ausgabe 2 und 3.)

Auf Grund der Bekanntmachung vom 6. und 16. April 1920 werden im Laufe des Monats Juni d. J. an Haushaltungen mit 7 und mehr Personen — mit Ausnahme der Inhaber von Grudebezugskarten — weitere Kochkohlenteilbezugsscheine gegen Vorlage des Lebensmittelscheines im Zimmer 6 der Ortskohlenstelle ausgegeben. Haushaltungen mit 4 und mehr Personen, ohne Grudeeinrichtung, erhalten die weiteren Kochkohlenkarten später (etwa Mitte Juli 1920 beginnend). Die Kohlenkarten einschl. der anhängenden Abschnitte sind mit genauer Adresse versehen umgehend den Kohlenhandlungen zur Belieferung zu übergeben.

Die Ortskohlenstelle.

Alle hier wohnhaften tschecho-slowakischen Staatsangehörigen haben sich innerhalb 24 Stunden mit ihren Ausweispapieren bei der Polizeiverwaltung, Dreyhauptstr. 4, Zimmer 104, in der Zeit von 8 bis 2 Uhr, zu melden.

Halle, den 29. Mai 1920.
Die Polizeiverwaltung.

Delitzsch.

Städtischer Lebensmittelverkauf.

Butter, vom Dienstag, den 1. Juni an 50 Gramm für 1,45 Mk. Hülsenfrüchte gegen Vorzeigung der Brotkarte je ½ Pfund Speisebohnen für 2 Mk. oder je ½ Pfund Viktoria-Erbsen für 2,10 Mk. in den bekannten Verkaufsstellen. Kartoffeln für die 14., 15., 16. und 17. Woche je 5 Pfund, das Pfund für 20 Pf. können auf einmal entnommen werden. Krankenzirkel 325 Gramm für 98 Pf. für Kinder und Kranke auf Weißbrotkarten bei Frohne, Gutezeit, Seugling und Voigt, Hallesche Straße. Margarine vom Dienstag, den 1. Juni an auf Butterkarten der 24. Woche je 100 Gramm für 2,65 Mk. Nährmittel für Kinder, Kranke und Personen über 70 Jahre auf Weißbrotkarten wöchentlich je ½ Pfund in den bekannten Bäckereien.

Delitzsch, den 27. Mai 1920.
*623 Der Magistrat.

Eilenburg.

Kartoffelversorgung.

Die Kartoffeln bis auf Nr. 37 der Kartoffelkarten müssen bis spätestens Mittwoch nächster Woche bei den Händlern abgeholt werden, andernfalls die Karten ihre Gültigkeit verlieren.

Eilenburg, den 28. Mai 1920.
*621 Der Magistrat.

3 Könige
Kl. Klausstrasse 7, Nähe des Marktes.
Ab morgen: Das neue Programm.
Jim Scheer, das Unikum der Bühnenwelt.
Der König der Type 1361
und die anderen vortrefflichen Künstler.

Alle Parteischriften
empfiehlt die
Volksbuchhandlung
Harz 42-44.

Bekanntmachung.

Nachtrag
zur Ordnung betreffend die Erhebung von Lustbarkeitssteuern im Bezirke der Gemeinde Lieskau.

Auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 21. Februar 1920 wird nach den Bestimmungen der §§ 13, 15, 18, 82 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 nachstehende Ordnung zur Erhebung von Lustbarkeitssteuern erlassen.

1. Für Tanzlustbarkeiten von hiesigen Vereinen 10 Mk.
   Für Tanzlustbarkeiten von auswärtigen Vereinen 80 Mk.
2. Für Maskenbälle, Kostümfeste usw. mehr 20 Mk.
3. Für Theaterabende, Konzerte usw. von hiesigen Vereinen 5 Mk.
   Für Theaterabende, Konzerte usw. von auswärtigen Vereinen 40 Mk.
4. Für Karussells, Schaukeln, Zirkus usw. pro Tag 3 Mk.
5. Für Kriegsbeschädigten-Vereine gilt der Satz wie für hiesige Vereine, desgleichen für die monatlichen öffentlichen Tanzlustbarkeiten und Veranstaltungen.

Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage der Genehmigung in Kraft.

Lieskau, den 9. März 1920.
Der Gemeindevorsteher.
*625 Hoffmann.

Vorstehender Nachtrag wird gemäß § 77 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 vorbehaltlich der Zustimmung der Aufsichtsbehörden genehmigt.

Halle a. S., den 21. April 1920.
Der Kreisausschuß des Saalkreises.
gez. Ad. Thiele.

Zu vorstehender Genehmigung spreche ich hierdurch auf Grund des § 77 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 und der mir durch Erlaß der Herren Minister des Innern und der Finanzen vom 26. Juni 1907 erteilten Ermächtigung meine Zustimmung aus.

Merseburg, den 1. Mai 1920.
Der Regierungspräsident.
J. A.: gez. Fritzen. Staude.

Die Einäscherung unseres teuren Entschlafenen, des Invaliden
Karl Bock,
findet Dienstag nachmittag 2 Uhr im Krematorium (kleine Kapelle) des Gertraudenfriedhofes statt. 1362
Die trauernden Hinterbliebenen.

Reeller Einkauf aller Felle und Häute
Markenartikel der Fell
Halle (Saale), 1356
Henriettenstr. 31.

Malergehilfen
stellt ein
Ad. Domeratzky,
Jakobstr. 2. 1367

Apollo-Theater 8 Uhr.
Z. letzt. Male:
Fliegerstützenbeinrichs Hochzeit. 1364
Morgen zum 1. Male:
Der fidele Gauner.
Eine Spitzbubengeschichte in 3 Akten v. M. Neumann mit Paul Beckers in der Titelrolle.

Heringe billiger!
1 Waggon
Norweger Vollheringe 2,50 M.
das Pfund nur
Ferner diese Woche eintreffend
:: mehrere Waggons ::
Seefische und Räucherwaren
zu billigen Preisen. 1368
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Promptester Versand nach auswärts.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee"
Fernsprecher 1275 und 1274.
Deutschlands grösster Seefischhandel.

Granatbrosche am Donnerstag abend v. Wintergarten bis Königstraße verlor., abzug. 1357 Hutstenstr. 2c., Sauerwein.

Alle Modezeitungen
empfiehlt die
Volks-Buchhandlung.

Ansichts-Postkarten
empf. die Volksbuchhandlung.

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir allen denen, die ihm das letzte Geleit gaben und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, herzlichsten Dank. Besonderen Dank der „Schweizer Maria für ihre vielen Bemühungen während der Krankheit. 1365

Trotha, d. 31. Mai

Die trauernde Witwe
Luise Güldenfuß
nebst Kindern.

Deutsch. Bauarbeiter-Verband.
Bezirksverein Halle.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Donnerstag, den 27. Mai, unser langjährig. Mitglied, der Maurer
Karl Bock,
im Alter von 60 Jahren, an den Folgen einer schweren Verwundung aus dem Märztagen, verstorben ist. Die Einäscherung findet am Dienstag, den 1. Juni, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium des Gertraudenfriedhofes statt. Ehre seinem Andenken! Zahlreiche Beteiligung der Kollegen ist Ehrenpflicht. 1366
Die Ortsverwaltung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192005 31-13/fragment/page=0007

Neues Verlags-Verzeichnis

(100) **Apel, Die Volkshochschule** . . . 1,80
(80) — **Volksschule, Einheitsschule** . . . 1,25
(75) ***Bahlke, Deutsche Schule** . . . 1,80
(50) **Barth, Arbeitslosigk. u. Arbeitsnot** 1,20
(100) **Bebel, Attentate u.** Sozialdemokr. 1,80
(50) — Christentum und Sozialismus 0,50
(100) — Die wahre Gestalt des Christent. 3,—
(100) — Glossen z. „Die wahre Gestalt des Christentums" 1,80
(100) — Sozialdem. u. Antisemitismus 1,50
(100) — Unsere Ziele 1,50
(250) **Bernstein, Ed.,** Ignaz Auer . . 2,50
(250) — Die englische Gefahr . . . 1,50
(250) — Ferdinand Lassalle 4,50
(100) — Steuerpolitik der Sozialdemokr. 1,—
(100) *— Wirtschaftswesen . . . . . 5,—
(100) **Bischoff, Dr.,** Die Entlarvung der „deutsch-bolschew. Verschwörg." 1,50
(50) **Bracke,** Nieder mit d. Sozialdem. 0,75
(50) **Brann, Ad.,** Der Ententefriede und die Arbeiterklasse . . . 0,75
(50) — Sturmvögel der Revolution . 1,25
(50) — Leitungsfremdwörter . . . . 2,—
(50) *— Geldrevolution u. Arbeitslohn 1,50
(100) **Braun,** Die Mutterschaftsversicher. 1,—
(50) **Brink, Dr. J.,** Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat 0,50
(250) **Böse,** Volkslieder . . . . . 6,—
(1000) **Cicotti,** Untergang der Sklaverei 15,—
(500) ***Conrady, A.,** Reichsgründung und Kommune . . . . . 18,—
(100) *— Demokratie in England . . . 4,—
(500) **Cunow,** Ursprung der Religion 8,—
(1000) — Die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs 1789—94 25,—
(100) — Partei-Zusammenbruch . . . 1,50
(100) — Praktische Steuerpolitik . . . 1,25
(250) **David,** Referentenführer . . . 4,50
(250) — Die Sozialdemokr. im Weltkrieg 5,—
(100) — Wer trägt die Schuld am Weltkriege? 2,50
(100) **Deutsch,** Gapon und seine Rolle in der russischen Revolution . 1,50
(250) ***Diederich,** Marx-Brevier . . . 6,—
(250) — **Kriegsaat.** Kampfgedichte . . 2,—
(250) **Dietzgen,** Religion der Sozialdem. 2,—
(250) — Sozialdemokratische Philosophie 2,—
(250) — Streifzüge e. Soz. in das Gebiet der Erkenntnistheorie . . 2,—
(50) — Die Zukunft der Sozialdemokr. 1,—
(100) **Dokumente z. Weltkrieg 1914.**
(100) — Das deutsche Weißbuch. 1—8 à 1,50
(100) — Das englische Blaubuch. 1—3 à 1,50
(100) — Das russische Orangebuch . . 1,50
(100) — Das belgische Graubuch. 1—2 à 1,50
(100) — Das Gelbbuch Frankreichs. 1-8 à 1,50
(100) — Das Gründuch Italiens. 1—2 à 1,50
(100) — Das serbische Blaubuch . . . 1,50
(250) **Donai,** Gott, Glauben, Freiheit 2,50
(50) **Eisner, Kurt,** Eine Junker-Revolte 1,50
(500) — **Wilhelm Liebknecht** . . . . 4,—
(250) **Engels,** Bauernkrieg . . . . 6,—
(100) — Grundsätze des Kommunismus. 1,50
(100) — Die Entwicklung d. Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft 2,50
(100) **Kommunismus u. Bakunismus** 1,50
(100) **Felden,** Kirche, Religion u. Soziald. 1,50
(100) **Fischer,** Die Marxsche Werttheorie 1,50
(250) ***Flatow,** Kommentar z. Betriebsrätegesetz . brosch. 9,—, geb. 11,—

Flugschriften, Sozialdemokr.,
(50) — Die Sozialdemokratie in Gemeindevertretungen 0,50
(50) — **Die indirekten Steuern u. Zölle** 0,50
(50) — Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin und Unternehmerin . 0,50
(50) — Die Landevölkerung und die Sozialdemokratie 0,50
(50) — Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie vor Gericht 0,50
(50) — Die Greuel des Krieges . . . 0,50
(50) — Krieg dem Kriege 0,50
(50) — Das Wahlrecht und die Parteien 0,50
(50) — Dichtung u. Wahrheit über 1813 0,50
(50) — Sozialdemokratie und Arbeitslosenfürsorge 0,50
(50) — Was ist der Sozialismus? . . 0,50
(50) — Für Republik und Demokratie 0,50
(50) *— Sozialdemokr. u. Landwirtschaft 0,60
(50) *— Die Schuldigen an Deutschlands Elend 0,50

Flugschriften zur Revolution:
(50) — Allgemeine Arbeitspflicht . . 0,25
(50) — „Nur über meine Leiche" . . 0,25
(50) — Soll Deutschland ein Tollhaus werden? 0,25
(50) — Das Los der Kriegskrüppel . 0,25
(50) — Was ist Spartakus? 0,25

Frauen-Bibliothek, Sozialdem.
(100) — Die Frauen u. d. politische Kampf 1,—
(100) — Die Frau u. die Gemeindepolitik 1,—
(100) — Die Frau in der Industrie . . 1,—
(100) — Die Frauen und der Landtag 1,50
(100) — Sozialistische Erziehung im Hause 1,50
(100) — Gewinnung der Frau für die politische Betätigung 1,50
(100) — Frauenerwerbsarbeit 1,50
(100) *— Frauenstimmen 2,25

Führer durch die Reichs- und Landesgesetze.
(100) — Das Versicherungsgesetz für Angestellte. Der Arbeitsvertrag . 1,50
(100) — Einkommensteuergesetz . . . 1,50
(100) — Die rechtliche Stellung der Kinder und Ehegatten . . . 1,50
(100) — Gewerbe- u. Kaufmannsgericht 1,50
(100) — Das Mietrecht 1,50
(100) — Die Reichsversicherungsordnung 1,50
(100) — Die Krankenversicherung . . 1,50
(100) — Die Gewerbeunfallversicherung 1,50
(100) — Landwirtschafsl. Unfallversich. 1,50
(100) — Die Seeunfallversicherung . . 1,50
(100) — Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung . . . 1,50
(100) — Die Strafprozeßordnung . . 1,50
(100) — Die Versorgung der Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen 2,—
(100) — Das preußische Wohnungsgesetz 1,50
(100) — Staatsangehörigkeit, Erwerbe d. 1,50
(50) *— Betriebsrätegesetz 1,80
(50) *— Militärversorgungsgesetz . . 2,50
(250) **Gerlach,** Aug. Bebel . . . . 2,—
(50) **Gesetze** und Verordnungen der sozialistischen Republik . . . 1,50
(1000) **Gesundheits-Bibliothek, Bd. I** 15,—
(100) — 1. Erste Hilfe bei Unglücksfällen 1,20
(100) — 2. Das erste Lebensjahr . . 1,20
(100) — 3. Das Nervensystem . . . 1,20
(100) — 4. Der Achtstundentag . . . 1,20
(100) — 5. Alkohol 1,20
(100) — 6. Das Schulkind 1,20
(100) — 7. Geschlechtskrankheiten . 1,20
(100) — 8. Nahrung und Ernährung . 1,20
(100) — 9. Wie sollen wir uns kleiden? 1,20
(100) — 11. Frauenleiden und deren Verhütung. Mit Anh.: Die Verhütung der Schwangerschaft 1,20
(100) — 12. Medizinischer Aberglauben 1,20
(100) — 13. Das Wasserheilverfahren . 1,20
(100) — 14. Heilung des Stotterns . 1,20
(100) — 16. Zähne und Zahnpflege . 1,20
(100) — 17. Bau und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers . . 1,20
(100) — 18. Der Geschlechtstrieb . . 1,20
(100) — 19. Die Krankenpflege im Hause 1,20
(100) — 20. Die Proletarierkrankheit . 1,20
(100) — 21. Atemgymnastik 1,20
(100) — 22. Haut- und Haarpflege . . 1,20
(100) — 23. Herzerkrankungen . . . 1,20
(100) — 24. Die Hygiene der Arbeiterwohnung 1,20
(100) — 25. Die Toxikosen des Menschen 1,20
(100) — 26. Die Krankheiten des Ohres, der Nase und des Rachens . . 1,20
(100) — 27. Sport und Arbeiter . . . 1,20
(100) — 28. Die Jahre der Geschlechtsreife 1,20
(100) — 29. Volksernährung 1,20
(100) — 30. Die Berufswahl 1,20
(100) — 31. Die Berufskrankheiten der Buchdrucker 1,20
(100) — 32. Die Arzneimittel . . . 1,20
(100) — 33. Das Auge 1,20
(100) — 34. Berufskrankh. d. Gasarbeiter 1,20
(100) — 35. Die Berufskrankheiten der Schneider und Textilarbeiter 1,20
(100) — 36. Die Berufskrankheiten der Maurer und Bauarbeiter . . 1,20
(100) — 37. Die Krebskrankheit . . . 1,20
(100) — 38. Unsere Genußmittel . . . 1,20
(100) — 39. Berufskrankheiten der Maler, Anstreicher und Lackierer . . 1,20
(100) — 40. Krankheiten d. Landarbeiter 1,20
(100) — 41. Verstopfung und Durchfall, Darmkatarrh und Ruhr. . . 1,20
(100) — 42. Nierenleiden 1,20
(1000) **Glaßbrenner,** Ad., Unterm Brennglas. Berliner politische Satire, brosch. 10,—, geb. 15,—
(1000) **Göhre,** Arbeiterkonsumvereine . 30,—
(500) — 3 Monate Fabrikarbeiter . . 4,50
(250) **Grabnauer, Dr.,** Das Elend des Strafvollzugs 3,50
(50) ***Gräf,** Das neue Preußen . . . 0,75
(100) ***Gratulationsbüchlein und Festprologe** 2,50
(100) **Graf,** Leitfaden durch die Entwicklungsgeschichte . . . . 1,—
(500) **Großmann,** Stefan, Geschichten, brosch. 7,—, geb. (1000) 10,—
(500) **Grottewitz,** Sonntage eines großstädtischen Arbeiters 4,50
(500) — **Unser Wald** 7,50
(50) **Hanna,** Frauenarbeit 0,50
(250) **Haujenstein,** Die großen Utopisten 2,50
(50) **Heilmann, Ernst,** Die Rostegarde 0,50
(500) **Heine,** Wir weben! Wir weben! 10,—
(250) **Hellig,** Kunstpflege . . . . . 3,—
(100) ***Heinig,** Die große Anrede von der erdolchten Front . . . . 2,—
(100) **Herzfeld,** Landarbeiter 1,50
(1500) **Hirsch,** 25 Jahre sozialdemokrat. Arbeit in der Gemeinde . . 40,—
(500) — Verbrechen und Prostitution . 5,—
(250) — Unter dem elendesten aller Wahlsysteme . . . . . 3,—
(500) — Die Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen . . . 6,—
(250) — Das kommunale Wahlrecht . 2,—
(250) — Kriegsfürsorge . . . . . 2,—

* vor dem Buchtitel: Die mit einem * bezeichneten Werke sind Neuerscheinungen dieses Jahres. — Die Zahl vor dem Titel gibt das Gewicht des Buches in Gramm an. Wichtig zur Portoberechnung! — Portosätze: Für Drucksachen bis 50 Gramm 10 Pf., bis 100 Gramm 20 Pf., bis 250 Gramm 40 Pf., bis 500 Gramm 60 Pf., bis 1 Kilogramm 80 Pf. Für 5-Kilopakete: Nahzone 1,25 Mk., Fernzone 2 Mk. Voreinsendung des Betrages zuzüglich Porto ist wegen der Ersparnis an Nachnahmegebühren zu empfehlen.

(250) **Hofrichter, Dr. Ant., Krieg und** Handelsrivalität . . . . . 4,—
Internationales Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung
(2500) I. Jahrg. 1912, br. 25,—, geb. 35,—
(2500) II. „ 1913, „ 25,—, „ „ 45,—
(2500) III. „ 1914, „ 25,—, „ „ 45,—
(2500) IV. „ 1915, „ 40,—, „ „ 60,—
(100) **Jugendliederbuch** . . . . . 2,—
(250) **Jungvolk.** Almanach . . . . 2,—
(500) **Kampffmeyer,** Geschichte d. Gesellschaftsklassen in Deutschland . 10,—
(250) — Die Prostitution . . . . . 8,—
(50) **Katzenstein,** Der Anarchismus . —,50
(50) **Kautsky, Karl,** Takt. Strömungen in der deutsch. Sozialdemokratie 1,—
(100) — Friedrich Engels 1,50
(100) — Die historische Leistung von Karl Marx . . . . . 2,—
(250) — Handelspolitik u. Sozialdemokr. 2,—
(100) — Internationalität u. der Krieg 1,—
(100) — Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche . . . . 2,—
(100) — Sozialismus u. Kolonialpolitik 2,—
(100) — 1. Die soziale Revolution. . . 2,—
(100) — 2. Am Tage nach der sozialen Revolution . . . . . 2,—
(250) — Die Verwirklichung der Sozialdemokratie 2,50
(100) **Kautsky, Karl und Schönlank, Bruno,** Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie 1,—
(100) **Kraffer, Friedr.,** Antisyllabus . 1,75
(50) **Die Kriegspolitik** der Partei im Lichte der wirtschaftl. Tatsachen 0,50
(250) ***Krüger,** Diktatur od. Volksherrsch. 2,—

Kulturbilder.
(2500) — I. Wider die Pfaffenherrschaft 75,—
(2500) — II. Die Hohenzollern-Legende 75,—
(2500) — III. Blut und Eisen . . . . 75,—
(2500) — IV. Geschichte der Revolutionen 75,—
(250) **Kuttner,** Klassenjustiz . . . . 3,—
(100) *— Erdeckte Front . . . . . 2,—
(500) **Lange, F. A.,** Die Arbeiterfrage 6,—
(100) **Lassalle, Ferd.,** Die Agitation d. Allg. Dtsch. Arbeitervereins 1,—
(250) — Offenes Antwortschreiben . . 2,50
(50) — An die Arbeiter Berlins . . 1,—
(100) — Arbeiterprogramm . . . . 2,—
(250) — Meine Assisenrede . . . . 3,—
(500) — Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch der ökonomische Julian 10,—
(100) — Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag . 1,50
(100) — Der Hochverratsprozeß gegen F. Lassalle . . . . . 2,—
(250) — Der Lassallesche Kriminalprozeß 2,50
(250) — Die indirekte Steuer . . . 3,—
(250) — Ueber Verfassungswesen . . 3,—
(100) — Die Wissenschaft der Arbeiter 2,—
(500) — Franz v. Sickingen . . . . 6,—
(250) — Herr Julian Schmidt . . . 3,—
(100) — Der tote Schulze gegen den lebenden Lassalle . . . . 2,—
(500) **Lassalles** Intime Briefe . . . 7,50
(2500) **Leipziger Hochverrats-Prozeß** wider Liebknecht, Bebel, Hepner 20,—
(100) **Lensch,** Sozialdemokr. u. Weltkrieg 2,—
(250) **Lessen,** Aus Tag und Tiefe . . 3,50
(250) — Wenn Frieden würde . . . 3,50
(100) **Liebknecht, Wilh.,** Wissen ist Macht 2,—
(50) **Lohmann,** Arbeit im Elternbeirat 1,50
(50) **Losinsky, Dr. E.,** Waren die Urchristen wirklich Sozialisten? 0,50
(50) — **Das wahre Christentum** . . 0,50
(3× 100) **Mächte des Weltkrieges,** I/V je 2,—
(50) **Mann der Arbeit,** her zu uns! 0,50
(500) **Marx, Karl,** Kommunistenprozeß 10,—
(250) — Klassenkämpfe . . . . . 4,—
(100) — Lohnarbeit und Kapital . . 1,50
(100) — u. Engels, Kommunist. Manifest 2,—
(250) **Meerfeld,** Krieg der Frommen . 2,—
(250) **Mehlick,** Alkohol . . . . . 2,—
(500) **Mehring,** Deutsche Geschichte . 12,—
(100) — Gustav Adolf 1,50
(500) **Monopolfrage** und Arbeiterklasse 10,—
(100) ***Müller, E. A.,** Sonnige Jugend 2,50
(100) ***Müller, Fr.,** Kunst der freien Rede 2,—
(500) **Müller, H.,** Geschichte d. deutsch. Gewerkschaften b. 1878, br. 9,—, geb. 11,—
(500) — Unfallrentenkreisblachen . . 10,—
(500) **Müller-Jahnke, Cl.,** Ich bekenne 9,—
(250) ***Osterroth,** Vom Beter z. Kämpfer 6,—
(50) *— Wir und die U. S. P. . . . 0,60
(500) ***Parvus,** Der Massenkampf . . 10,—
(100) **Pflüger, Paul,** Der Sozialismus der utopistischen Propheten . 1,75
(100) **Plechanow,** Anarchismus und Sozialismus 1,50
(500) **Pralle,** Der kleine Stadtbaumeister. Ein Lehr- u. Spielbuch 4,—
(500) **Prezcang,** Prologe f. Arbeiterfeste 5,—
(50) **Programm und Organisation der sozialdemokrat. Partei** 0,50
Protokolle der Parteitage der sozialdemokr. Partei Deutschl.
(500) 1890 . . . . . 2,—
(250) 1894 . . . . . 2,—
(250) 1897 . . . . . 2,—
(500) 1904 . . . . . 3,—
(Je 500) — 1906 bis 1911 . . . . . je 4,50
(1000) — 1912, 1913 . . . . . je 6,—
(2000) — 1917 . . . . . 10,—
(1000) — 1919 . . . . . 15,—

— **Protokolle der Parteitage d. soziald. Partei Preußens,**
(250) 1904 zu Berlin . . . . . 2,—
(500) — 1907, 1910, 1913 zu Berlin, je 5,—
(500) — des internationalen Sozialistenkongresses 1907 zu Stuttgart . 4,—
(500) — 1910 Kopenhagen, 1912 Basel, je 3,—
(250) — Konferenz der soziald. Stadtverordneten Groß-Berlins 1906 3,—
(50) **Quarck,** Reichsverfassung . . . 1,25
(100) **Rath,** Berliner Aquarium . . . 1,25
(100) **Reuner,** Was ist Klassenkampf? . 1,25
(100) **Sanders,** Engl. Selbstverwaltung 1,25
(50) ***Scheidemann,** Einigkeit nicht Selbstzerfleischung 0,75
(250) **Schippel,** Hochkonjunktur und Wirtschaftskrisis . . . . . 3,—
(500) **Schönlank,** Soziale Kämpfe vor 300 Jahren . . . . . 5,—
(100) **Schmidt,** Arbeiterschutz f. Jugendl. 2,—
(50) **Schreiber,** Schutz unseren Frauen 0,50
(50) **Schulz,** Gehörst Du zu uns? . 0,50
(50) — Arbeiterkultur und Krieg . . 0,50
(100) — Sozialdemokratie und Schule . 2,—
(5000) — **Hugo,** Der Krieg 1870/71 . . 12,—
(1000) **Schweitzer,** Politische Aufsätze . 15,—
(250) **Seidel,** Sichtglaube und Zukunftssonnen . . . . . 5,—
(100) **Smilg,** Quintessenz des Bolschewis. 1,80
(100) **Sozialdemokratie und nationale Verteidigung** . . . . . 1,—
(100) **Stampfer,** Religion ist Privatsache 1,50
(100) — **Verfassung, Arbeiterklasse und Sozialismus** 1,50
(100) — **Der 9. November** . . . . 1,—
(250) *— **Von Versailles zum Frieden** . 4,—
(250) ***Steiner,** Wilhelm Picard (Roman) 5,—
(50) **Striemer,** Zur Kritik der freien Wirtschaft 1,20
(Je 2500) **Stunden, Zu Freien** — Jahrg. 15 bis 22. Jeder Jahrg. 2 Bände in Leinen à 15,—, in Halbfranz à 20,—

Theaterstücke, Sozialistische, Lustspiel mit Rollen.
(500) **Kegel,** Die Tochter des Staatsanwalts 16,50
(250) **Krauß,** Wieder ein Kämpfer . . 12,—
(500) **Scävola,** Der entlarvte Spitzel . 15,—
(250) **Prezcang,** Sein Jubiläum . . . 12,—
(500) — Töchter der Arbeit . . . . 15,—
(250) — Der verlorene Sohn 10,50
(500) — Die Polizei als Ehestifterin . 12,—
(100) **Thurow,** Dämon Alkohol, die Muse und der Arbeiter . . . . 6,—
(500) **Prezcang, Der Teufel in der Wahlurne** 19,50
(500) **Lessen,** Achtung, Bombe! . . 16,50
(250) — Die überlistete Polizei . . . 7,50
(250) **Rüberzahl,** Assessor Schneidigs Abenteuer 10,50
(500) — Im Kampf ums Dasein . . . 13,50
(1000) **Wittich,** Ulrich von Hutten . . 24,—
(500) **Lessen,** Rotkoller . . . . . 21,—
(250) **Diederich,** Winter-Sonnenwende . 7,50
(100) **Tätigkeit,** Die — der sozialdemokr. Stadtverordneten Berlins . . 1,—
(100) **Volksschullehrer,** Wir — und die Sozialdemokratie . . . 1,—

Vorwärts-Bibliothek.
(500) 1. **Ger,** Erweckt . . . . . 9,—
(250) 2. **Prezcang,** Der Ausweg . . . 4,50
(500) 3. **Kotsch,** Das Land der Zukunft 4,50
(250) 4. **Grützsch,** Verschrobenes Volk . 5,—
(500) 5. **Blos,** Der Prinzipienreiter . . 4,50
(250) 6. **Prezcang,** In den Tod getrieben 4,50
(500) 7. **Kautsky, Minna,** Der Pariser Garten und anderes 4,50
(250) 8. **Ferch, Johann,** Mutter . . . 4,50
(500) 9. **Andersen, M.,** Nexö, Der Morgen graut . . . . . 6,—
(500) 10. **Ludwig, Otto,** Die Heiteretei 6,—
(250) 11. **Dikreiter,** Vom Waisenhaus zur Fabrik 6,50
(500) 12. **Ger,** Der Gotteslästerer . . 6,—
(500) 13. **Erckmann-Chatrian,** Die Marketenderin 4,50
(500) 14. **Verbrechergeschichten** . . . 4,50
(250) 15. **Prezcang,** Nuckel 4,50
(250) 16. **Ger,** Erzgebirgisches Volk . 4,50
(250) 17. **Neuenhagen,** Als Zwischendeckstoward nach Südamerika 4,50
(50) **Wahlgesch** 0,50
(500) **Wegweiser** durch die Reichsversicherungsordnung . geb. 6,—
(1000) **Weitling, Wilh.,** Garantien der Harmonie und der Freiheit 15,—
(250) ***Wendel,** Südslawien 4,50
(100) — Elsaß u. die Sozialdemokratie 1,50
(100) — Die preußische Polenpolitik 1,80
(250) — August Bebel 3,50
(5000) **Wissell** Müller, Unfallversicherung 30,—
(500) **Wolff,** Gesammelte Schriften 5,50
(250) **Wurm, E.,** Alkoholfrage . . . 2,—
(250) **Zadek,** Trinkwasserversorgung . 2,—
(50) **Zepler,** Akademiker u. Sozialdemokr. 1,—
(50) — Welchen Wert hat die Bildung für die Arbeiterin? . . . 0,50
(250) **Zickler, Artur,** Im Tollhause 2,50
*— Die Brotwinsel . . . . . 4,—
(250) **Zietsch,** Arbeitslosenfürsorge . . 2,—
(50) **Zien, Luise,** Bist Du eine der Unirigen? 0,25
(50) — Komm zu uns! 0,70
(50) — Warum sind wir arm? . . . 0,25

Auf obige Verlagspreise hat nach den Bestimmungen des Buchhändlervereins ein 20prozentiger Teuerungszuschlag zu erfolgen.

Verzeichnis bitte aufheben!

Auch alle in diesem Verzeichnis nicht aufgeführten Werke und Zeitschriften besorgt schnellstens

Volksbuchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42|44.

Postscheckamt Leipzig Nr. 16105. **Telephon 1047.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200531-13/fragment/page=0008